

Er scheint täglich außer Montags, Abonnementspreis für Berlin: Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 30 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neues Blatt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 3 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Stuttgart in der Post-Verwaltungs-Preisdliste für 1892 unter Nr. 6622.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfzehntägige Zeitdauer oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Gern Sprach-Anschluß: Juli VI, Nr. 4109.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Beuth-Strasse 2.

Freitag, den 15. Januar 1892.

Expedition: Beuth-Strasse 3.

Nach den Bankiers die Geistlichen —

So lautet die Reihenfolge für diejenigen bürgerlichen Stände, die sich neuerdings bemühen, der Arbeiterwelt die Verantwortung ihrer Gesellschaft recht drastisch vor Augen zu führen. Und bei den Skandalgeschichten der Geistlichen, welche neuerdings die Spalten auch der bürgerlichen Blätter füllen, helfen nur recht genaue Feststellung des Thatbestandes zwei Umstände mit, welche beim Bekanntwerden der vielen Bankierbetrügereien der letzten Zeit fehlten. Einmal ist der liberalen freidenkerischen Bourgeoisie das Vergnügen an der Kritik kirchlicher Einrichtungen und Personen doch noch nicht ganz abhanden gekommen, namentlich wenn es nicht gilt, die Arbeiter mit der Kirchenruhe zu zähmen; und andererseits kann einzelnen kirchlichen Kreisen und Blättern ein ehrliches Streben nach Selbsterkenntnis, das der liberalen Bourgeoisie ganz fehlt, nicht abgesprochen werden. Dieses Streben führt jene Kreise dazu, die neuen Skandale mit mehr Offenheit und Ausführlichkeit zu besprechen, als es ihren Klasseninteressen eigentlich dienlich ist — auch so ein Kuriosum dieser Zeit der Zersetzung und Auflösung!

So giebt der fromme Reichsbote jetzt anlässlich der Schwandeleien des oldenburger Pastors Müller, über deren Einzelheiten der „Vorwärts“ schon berichtete, ein ganzes Eündenregister oldenburger Pastoren zum Besten. Er läßt sich aus dem frommen Ländchen schreiben: „Dem Dämon anlecker Zeit, der Genussucht, verbunden mit dem Hange groß zu thun und über seine Verhältnisse zu leben, sind in den letzten Jahren in dem kleinen Großherzogthum Oldenburg drei Geistliche zum Opfer gefallen, indem sie, um diesen Hang befriedigen zu können, sich unrechtmäßiger Weise in den Besitz ihnen nicht zugehörigen Geldes setzten. Der eine von ihnen, Namens Holm, der schon sehr jung eine reich dotirte Stelle im östlichen Holstein erhalten hatte, stellte sich, von Gewissensbissen getrieben, selbst dem Gericht und büßt nun seine Strafe im Gefängnis zu Nechten ab, der andere, Wellhausen, wie Holm ein Holsteiner von Geburt, wurde seines Amtes entsetzt und weilt, wie wir hoffen reuig und gebessert, in Amerika. Beide wurden durch das äppige Leben der reichen Bauern ihrer Gemeinden in Versuchung geführt. Vergleichen Versuchungen war Pastor Wilhelm Müller von Goldenstedt nicht ausgeföhrt. Er war der Seelsorger einer kleinen Gemeinde im Münsterland, die sich mit schweren Opfern seitens der Landeskirche selbständig gemacht hatte; das Leben in dortiger Gegend ist einfach und billig.“ Und nun folgt die Schilderung von dem bodenlosen Aufwand, den der neueste geistliche Schwindler des Ländchens Oldenburg trieb.

Wenn nun auch an der ehrlichen Mittheilung dieser blamablen Zustände nichts auszuföhren ist, so muß doch sehr viel gegen die schiefe Beleuchtung angewendet werden, in welche das fromme Blatt die angeführten Thatsachen zu setzen sucht. Zunächst will es den Eindruck erwecken, als wenn

„das äppige Leben der reichen Bauern“ — nebenbei auch eine häßliche Illustration zum konservativen Liede von der „Nothlage der Landwirtschaft“! — die Geistlichen vorzugsweise in Oldenburg mit dem Gesehen auf so arge Weise in Konflikt brächte. Bei dem neuesten Prachtexemplar dieser Gattung von Geistlichen trifft dies nun schon nicht zu, da derselbe in einer einfachen Gegend lebte, das gesteht der „Reichsbote“ selbst ein; jener Grund ist aber überhaupt weder äußerlich noch innerlich richtig. Erstens kommen auch außerhalb der reichen Bauerngegenden fortlaufend geistliche Skandale vor. In diesen Tagen lasen wir erst wieder zwei aus Thüringen, von denen der eine lautete: „Am Mittwoch Abend ist in Gotha, wie das dortige „Tageblatt“ meldet, der Pfarrer von Längeda, Namens Ruge, der sich dort zum Besuch aufgehalten hatte, hinter Schloß und Riegel gebracht worden, weil er im Verdacht steht, ein Dienstmädchen aus seinem Ort zum Meineid verleitet zu haben.“ Vermuthlich dreht es sich hier um die Fahlung von Alimerten und ein Sittlichkeits-skandalchen nebenbei, zu dessen Vertuschung dem frommen Herrn die Verleitung zum falschen Anruf des Namens seines Gottes gerade recht war. Also die Fäulnis im Stande der Geistlichen bricht überall hervor, auch wo diese nicht mitten unter äppigen Bauern leben. Sodann aber ist die oberflächliche Erklärung dieser sich täglich mehrenden Skandale aus einer bloßen „Versuchung“ innerlich falsch. Gewiß wirkt die Versuchung nebenbei mit; sie könnte aber denjenigen bürgerlichen Stand der in Wort und That berufsmäßig ein leuchtendes Vorbild für moralische und religiöse Bürger sein soll, nicht derartig zu zersetzen anfangen. Die Geistlichen aller Konfessionen stehen vielmehr ganz besonders unter der miserablen Einwirkung, welche diese Zeit der bürgerlichen Zersetzung auf die Bourgeoisie ausübt, und daher die massenhaften, für die Arbeiter so lehrreichen Skandale. Im Innern jedes modernen Geistlichen vollzieht sich der Konflikt zwischen der heuchlerischen Moral der Bourgeoisie und ihrer wirklichen Unmoral und Profitwuth am schärfsten. Der Geistliche soll den Satz, daß Armut selig macht, daß die Abkehr von aller Weltlust das wahre Christenthum ist, besonders praktisch behältigen, während die übrige Bourgeoisie genug gethan zu haben glaubt, wenn sie jene Lehren im Munde führt, namentlich gegenüber den Arbeitern. Aber dabei sehen die Geistlichen den Luxus und die Verschwendung der besitzenden Klassen, ihrer Auftraggeber, und es ist kein Wunder, wenn in ihrem Innern Bitterkeit und Unzufriedenheit aufsteigen über den aufzagehenden Dienst, den man ihnen zuzumethet. Sie sollen für die Bourgeoisie die Tugend auf Erden markiren, und sie sehen, daß es ihrer Auftragsbetrie im Laster sehr gut geht. Sie revoltiren daher, namentlich die geistig weniger Beschränkten unter ihnen, als Deklassirte ihrer Gesellschaft, denen eine Entfaltung zugemuthet wird, zu welcher sie als Menschen nicht die geringste Lust verspüren. Auch sie sind also Opfer eines ganzen Systems, sogar ausgesuchte Opfer desselben,

vor Allem dazu berufen, die Verschiedenheit der bürgerlichen Moral in Wort und That auf ihre Unhaltbarkeit hin zu erproben. Und die Arbeiterbewegung erkennt in den Verlegenheiten, welche sie der Bourgeoisie bereiten, nur symptomatische Vorgänge.

Wenn dann einsichtige Geistliche mit der Offenheit und Ehrlichkeit, die wir oben schon an einzelnen derselben rühmten, konsequent zu denken verstehen und, wie jetzt in der „Allg. konserv. Monatschrift“, zu dem Schlusse kommen, daß „der Kern des sozialdemokratischen Programms richtig sei“ und nur eine gründliche Neuordnung der Gesellschaft „durch sozialistische Maßregeln“ (Vergesellschaftung der Produktionsmittel) helfen könne, dann schreiben eingeseifte Bourgeoisblätter wie die „Magdeburger Zeitung“, Peter und Mordio und rufen nach einer schleunigen „Auscheidung“ dieser „Elemente“. Als wenn sich nicht in den fortgesetzten geistlichen Skandalen eine für die Bourgeoisie noch viel blamablere „Auscheidung“ des moralischen Eiters vollzöge, den sie auch im Geistlichenstande fortwährend neu erzeugt!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. Januar.

Die gestrige Behauptung des Herrn v. Bötticher als Vertreters der Regierung, daß die Ausschließung sozialdemokratischer Arbeiter aus Staatsverwaltungen nicht als Boykott aufzufassen sei, hat im Reichstag einige Verwunderung hervorgerufen. Sicher nicht Verwunderung, wie ein Mann in solcher Stellung eine so wunderbar subtile, den Kern der Frage gar nicht berührende Unterscheidung machen konnte. Jene Boykott-Bestimmungen, falls sie beständen — auch das erregte Verwunderung, daß Herr von Bötticher an der Existenz dieser Bestimmungen zweifeln konnte — gehörten zum Vertrags- oder Kontraktverhältnis — meinte der Herr Staatssekretär für das Innere. Aber was ist denn Boykott? Einfach das planmäßige Bestreben, durch Nichtkauf von Waaren oder auf sonstige Weise die Existenz eines Individuums zu gefährden und es dadurch zu einer Aenderung seines bisherigen Handelns zc. zu nöthigen. Ob ein Arbeiter durch Nichtkauf seiner Waare: Arbeitskraft, oder ob ein Bierbrauer durch Nichtkauf seiner Waare: Bier, „genöthigt“ werden soll, das ist in Bezug auf das entscheidende Merkmal des Boykotts genau dasselbe. Und, wird einmal der Boykott verurtheilt, dann kann es nur als erschwerender Umstand gelten, wenn er durch den Arbeitsvertrag stipulirt wird, also unter Bedingungen, die dem boykottenden Theil ein erdrückendes Uebergewicht über den zu boykottenden geben.

Der militärische Boykott bildet sich immer mehr aus, während der bürgerliche einigermaßen in Verfall ge-

geht noch jederzeit thun konntest, erwiderte der Schreiber. „Ich weiß, daß Euer Weiber Existenz von mir abhängt, aber was geschehen muß, das muß geschehen, und darum laß uns keine Zeit weiter verlieren. Siehe da!“ rief er und öffnete die Thüre zum Kabinet des Dr. Rasmanns. „In jenem Schranke müssen alle Fächer geöffnet werden. Die Schlüssel hast Du nach den Wachsabdrücken, die ich Dir gegeben, angefertigt. Während Du das Öffnen besorgst, will ich an der Treppe Wacht halten, und wenn Du Alles geöffnet, löstest Du mich dort ab.“

„Brüder, ich vertraue Dir, Gottes Hand sei über uns!“ rief der junge Schlosser, indem er mit thränendem Auge den Andern umarmte. Dann riß er sich mit Angestüm los und eilte nach dem Kabinet, während Habicht der Aeltere, mit gleicher Eile sich der Treppe zuwandte. Wange Minuten schwandten dahin, während deren der Schreiber sich vor Aufregung am Treppengeländer festhalten mußte. Eine Viertelstunde war vergangen, da vernahm er die leisen Schritte des Bruders und seine flüsternde Stimme, welche ihm die Botschaft brachte:

„Es ist geschehen, das Schloß zum geheimen Fach hat mich aufgehoben, weil ich erst eine Feder zu finden hatte, die zu drücken war, ehe das Schloß sich zeigte. Es ist jetzt Alles offen. Eile!“

Der Schreiber flog wie der Wind in den Korridor zurück. Wenige Sekunden später stand er vor dem Schranke, dessen Schätze ihm offen vor Augen lagen. Mit zitternder Hand nahm er die Dokumente in dem geheimen Fache: werthvolle Staatspapiere, Aktien und Pfandbriefe schob er gleichgiltig bei Seite, er suchte sich auf den Boden des Faches und stand dann einen Augenblick still, zitternd, enttäuscht, vernichtet.

Feuilleton.

Abdruck verboten.)

[12

Am Webstuhl der Zeit.

Zeitgenössischer Roman in 3 Bänden von A. Otto Walster.

Siebentes Kapitel.

Brüder.

Eine Weile noch, nachdem die Andern das Expeditionslokal verlassen, blieb Habicht bei seinem Mittagessen sitzen. Als aber das letzte Geräusch der Fortgehenden erstorben war, packte er den Rest seiner Mahlzeit zusammen, schob ihn in das Regal und öffnete dann das Fenster.

Die Straße war nicht sehr belebt, und so entdeckte der Blick des Suchenden ohne Mühe einen jungen Mann, welcher auf dem jenseitigen Trottoir ruhig dahinschritt. Der grünen Schürze nach zu schließen, welche unter einem dürftigen Kocke hervorkam, wenn selbst das ruhige Gesicht nicht schon Auskunft gab, mußte er ein Metallarbeiter sein. Von Zeit zu Zeit warf er einen flüchtigen Blick nach den gegenüberliegenden Häusern, bis er den Kopf des Schreibers bemerkte, der sich nach ihm hinunterneigte.

Aber gleichgiltig, als habe er nichts Besonderes wahrgenommen, verfolgte der junge Arbeiter seinen Weg und kehrte auf der anderen Seite der Straße zurück, bis er an das Haus des Dr. Rasmanns gelangte, in dessen Hausthür er sich verlor.

Wenige Minuten später trat er in die Schreibertube, deren Thür Habicht bereits geöffnet hatte.

„Bist Du da, Bruder?“ fragte Letzterer hastig und mit flüsternder Stimme. „Hast Du das Werkzeug mitgebracht?“

„Ich habe es mitgebracht“, erwiderte der Ankömmling, ebenso leise, „aber, Leberecht, hast Du auch wirklich nichts Böses vor?“ Sieh mir noch einmal die feste Versicherung.“

„Ich gebe Dir mein brüderliches Wort, Eugen. Was ich hier unternehmen werde, muß Jedermann verschwiegen bleiben, aber es kann bestehen vor jedem Richterstuhl der Welt!“

„Du weißt, Leberecht“, stellte der junge, kaum siebzehnjährige Bursche mit herzlicher Stimme vor, „daß ich auf der Welt Niemand liebe, als unsere arme Mutter, der ich leider noch keine Stütze sein kann, und Dich, der Du mein Bruder und Lehrer warst. Du weißt, daß wir Beide, die Mutter und ich, unglücklich werden müßten, wenn Du Schande auf Dich und uns brächtest. Du hast mir gesagt, daß ich etwas unternehmen sollte, was in dem Augenblicke des Vollbringens große Gefahr für uns Beide hätte, daß aber etwas Böses damit nicht beabsichtigt sei. Nicht wahr, Leberecht, ich darf mich darauf verlassen, daß es so und nicht anders ist? Ich darf Dir vertrauen bei dieser harten Prüfung, wie ich Dir immer vertraut habe?“

Es waren zwei ganz verschiedenartige Persönlichkeiten, diese beiden Brüder: der Schreiber hager und lang, mit schwarzen, glänzendem Haar und kränklichem Gesichte, in welchem das dunkle Auge förmlich glühte, der junge Schlosser dagegen kräftiger aufgewachsen, mit einem gesunden Roth auf der ruhigen Wange und Augen so klar wie ein wolkenloser Himmel, dem älteren Bruder zugewendet.

„Du kannst Dich auf mich verlassen, Eugen, wie Du es bis

rathen ist, seit die kapitalistischen Herrn Bonkott entdeckt haben, daß der Bonkott ein zweischneidiges Schwert ist und auch von den Arbeitern gehandhabt werden kann. In Augsburg wurden an einem Tag 29 Lokale für das Militär gesperrt, weil Sozialdemokraten dort verkehrten. Und in Mainz wurde der Karnevals-Gesellschaft die Militärmusik verweigert, weil in dieser ganz harmlosen und unpolitischen Musikgesellschaft ein paar Witz über militärische Dinge und Personen gemacht worden waren. Nachträglich ward der Ufas allerdings gnädig zurückgezogen, aber erst nachdem der Ufa-Gesellschaftsvorstand feierlich gelobt, das Militär und den Militarismus als heiliges Rührmüchlein zu betrachten. Das Militärische wächst dem Zivil und der ganzen bürgerlichen Gesellschaft so über den Kopf, beherrscht und meistert alles Nichtmilitärische dermaßen, daß es auf die Dauer unerträglich ist. Von dem Gelde der Steuerzahler lebend, vergißt der Militarismus nicht nur den Respekt vor dem steuerzahlenden Volk, sondern indem er sich als Selbstzweck hinstellt, sucht er es auch noch in jeder Weise sich zu unterwerfen. So erklärt es sich, wenn wegen der geringfügigsten Dinge mitten im Frieden wehrlose Bürger auf der Straße niedergeschossen werden, wenn den Steuerzahlern, von denen er lebt, ihre politische Meinungen vorgeschrieben werden, und das Geld, welches die Steuerzahler ihm in ihrer grenzenlosen Gutmüthigkeit geben, dazu benutzt wird, um Ketten für sie zu schmieden und ihnen ihr politisches Glaubenskenntnis vorzuschreiben. Und insbesondere die Arbeiter, ohne deren „Arbeitergroßchen“ er nicht 24 Stunden bestehen könnte, läßt er seine Macht fühlen: sie sollen nach seiner Pfeife tanzen, ihm anbeten, auf ihre Emanzipationsbestrebungen verzichten. Es ist Zeit, daß dem Militarismus der Brotkorb höher gehängt wird. Er geberdet sich wie der Kukul, der seine Pflegetöchter drangsalirt; und wenn ihm das Handwerk nicht rechtzeitig gelegt wird, sie schließlich aus dem Neste herausweicht.

Auch über die Frage des militärischen Bonkotts werden unsere Abgeordneten mit den Vertretern der Regierung noch ein ernsthaftes Wortchen zu reden haben. —

Der hohe Adel Preußens, die Standesherrn, scheinen das noblesse oblige (Adel verpflichtet) dahin zu verstehen, daß der Adel nur Andere verpflichte, ihn aber entlaste. Die Standesherrn erfreuen sich noch heute der Steuerbefreiung. Auch das neue preussische Einkommensteuer-Gesetz läßt die Mitglieder der standesherrlichen Familien erst dann zur Einkommensteuer herangezogen werden, wenn durch besonders Gutes die Entschädigung für die auszuhebende Befreiung von der Einkommensteuer geregelt sein wird. Also dafür, daß sie fast 90 Jahre lang keine Steuern zu bezahlen brauchten, sollen sie noch entschädigt werden! Der Staat hat sich nun herabgelassen, mit den Standesherrn zu verhandeln, diese aber weigern sich, sich in Verhandlungen über Entschädigungen einzulassen. Wäre der preussische Landtag eine wirkliche Volksvertretung, dann hätte er einfach die Privilegien der Standesherrn streichen müssen. Eine Entschädigung haben sie nicht zu beanspruchen. Die Standesherrn haben allen Anlaß, vergessen zu machen, was sie zur Verreichung und Zerstärkung des Reiches beigetragen haben. Wollen sie aber durchaus sich durch Steuerbefreiung zu Bürgern zweiter Klasse degradiren, dann entziehe man ihnen auch die sonstigen Bürgerrechte. Man lasse sie, die sich selbst den Staatslasten entziehen, wenigstens nicht mitreden, wo es sich um die Interessen des ganzen Volkes handelt. —

Die Bewilligung der Diäten für Reichstags-Abgeordnete wird wohl ebenso wie die Erfüllung anderer Beschlüsse des Reichstags auf sich warten lassen. Die Bewilligung der Diäten sollte ihre Spitze gegen die Sozialdemokraten richten, die am wenigsten von der Diätenfrage alterirt werden. Wenn aber Herr von Bennigsen und Andere die Drohung aussprechen, daß mit der Diätenbewilligung auch das allgemeine Wahlrecht in Frage gestellt würde, so wissen wir längst, daß, wenn der Reichstag eine reine Bourgeoisvertretung wäre, die Diätengegner einmüthig sich Diäten, und zwar recht hohe, bewilligen würden; was aber die Drohung mit der Beseitigung des allgemeinen gleichen Wahlrechts betrifft, so verlachen wir sie einfach. Mögen unsere Gegner es nur wagen diese Bedrohung wahr zu machen! Das ganze Volk würde die Entziehung des Wahlrechts als einen an ihm verübten Raub betrachten, es würde in jeder Beschränkung des Wahlrechts eine Vergeivaltigung sehen,

„Nichts, nichts!“ murmelte er bebend. „Alles umsonst D und die letzte Hoffnung dahin.“
Mehr mechanisch als von einer bestimmten Absicht geleitet, durchsuchte er nun die Akten und Papiere der anderen Fächer, dann schob er wieder alle zurück und eilte nach dem Ausgange, dem jungen Schlosser ein Zeichen gebend.

Dieser kam auf den Fehler herbei und sah dem Bruder fragend ins Gesicht.

„Nichts, nichts, ich habe nichts gefunden,“ flüsterte dieser mit hinstrebender Stimme. „Schließ wieder zu, es war vergebens.“

Der junge Schlosser eilte zum Schranke und meinte kleinlaut:

„Du hast Dich getäuscht, das Gesuchte ist gar nicht darin.“

„Es ist nicht darin, Jammer und Schande; die Bosheit siegt, wie immer hier auf Erden. Ein unendliches Glück für manchen braven Menschen, ein Hoffnungsstern für eine bessere Zeit, ein Silberblick im öden Schacht geht mir und vielen Anderen verloren. Und doch, und doch, es ist zum Verweifen, zum Rasendwerden; und doch muß es drinnen sein!“

„Es muß darin sein, sagt Du?“ fragte der junge Schlosser, und seine Augen schauten in den Schrank, als wollten sie ihn durch und durch blicken. Wenn es darin ist, muß es heraus. Ich seh' Dir's an, Bruder, daß es heraus muß. Warte einen Augenblick, daß mich noch einmal zuseh'n.“

Der Schlosser wandte sich wieder zum Schranke, aber im nächsten Augenblick blieb er zitternd stehen; der Schreiber, welcher ihm folgen wollte, mußte sich an einem Schranke anhalten, um nicht umzuknien — man hörte Schritte!

Es war ein furchtbarer Augenblick: die Thüren des Schrankes alle offen, der Schlosser mit den nachgehauenen Schlüsseln in einem fremden Lokale; sein Bruder, der Ernährer einer ganzen Familie, als Mitschuldiger oder Urheber einer frischen That erfaßt — kein Zeugniss möglich! Die Augen des Schreibers leuchteten mit dunkler Gluth, eine verzweifelte Absicht schien darin anzulobnen, denn das

die es in den Stand der Nothwehr versetzte. Die Regierung, und mag sie noch so kurzschichtig sein, erkennt wohl die Tragweite eines solchen Schrittes, wie ihn nur die verbissenen Konserwativen oder die bei den letzten Wahlen gerichtete Kartellbrüderschaft erstreben können, die das ganze Vaterland zerrümmern und die Hohenzollern-Dynastie beseitigen möchten, wenn sie um diesen Preis an den Hochhohen Bismarck noch einmal zu jener unseligen und unwürdigen Stellung emporklimmen könnten, in welcher sie dem Reichskanzler Apportdienste leisteten. —

Die Ehrlichkeit und Wahrheitsliebe der Westfenden zeigt sich bereits bei der Selbstschätzung zur preussischen Einkommensteuer. Der Landrath des Kreises Goslar sieht sich zu folgender Bekanntmachung veranlaßt:

„Ein großer Theil der bisher eingegangenen Steuer-Erklärungen entspricht so wenig den gesetzlichen Vorschriften und den tatsächlichen Verhältnissen, daß ich gezwungen gewesen bin, die Erklärungen theilweise behufs Abänderung oder Neuaufstellung zurückzugeben; theils weil das Einkommen aus Grundbesitz augenscheinlich viel zu niedrig angegeben und der Geldwerth der im Haushalt verbrauchten Wirtschaftserzeugnisse gar nicht berücksichtigt war, theils weil man es unterlassen hatte, Einkommen aus Kapital-Vermögen, welches notorisch vorhanden ist, gar nicht oder in nicht zureichender Weise anzugeben. Wenn z. B., wie das leider geschieht, das Einkommen aus sehr gutem, ertragreichem Ackerlande zum 1/4fachen Betrage des Grundsteuer-Reinertrages eingeschätzt ist, und wenn Kapital-Vermögen da, wo es thatsächlich vorhanden, ganz verschwiegen wird, so muß es dem öffentlichen Urtheil überlassen bleiben, eine derartige Einschätzung mit dem richtigen Ausdruck zu bezeichnen. Wir geben diese Vorgänge leider Veranlassung, auf die Strafbestimmungen des Steuergesetzes, besonders aber darauf hinzuweisen, wie unter der Steuer-Erklärung die Versicherung abzugeben ist, die Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht zu haben. Es würde mir leid thun, wenn ich zu strengem und rücksichtslosem Vorgehen gezwungen werden sollte. Also sorge ein Jeder, daß er vor dem Gesetze und seinem Gewissen bestehen kann.“ —

Gegen die Jesuiten ist eine Petition an den Kaiser abgefaßt. Zum Sammeln von Unterschriften war der Petition ein Begleitschreiben für die Unterzeichner beigelegt. Die „Germania“ druckte dasselbe ab. Darüber ist die „Post“ entrißt und schreibt über Vertrauensbruch. Außerdem klagt sie, daß der Abdruck eine große Anzahl Fesler enthalte und theilweise fimentstellend sei. Die „Germania“ druckte richtig aus dem Cirkular ab:

„Es bedarf keines Hinweises darauf, daß dieser Wortlaut streng vertraulich behandelt und aufs peinlichste darüber gewacht werde, damit nicht durch unvorsichtige Ausdehnung dessen eine tödliche Veröffentlichung möglich gemacht werde.“

Dann aber lasse sie den folgenden Satz fort, der also lautet:

„Wir verweisen darauf mit solcher Ausführlichkeit einerseits, weil wir Beispiele kennen, wo auf bisher unaufgeklärte Weise vertrauliche Schriftstücke in ultramontane Zeitungen gelangten, und andererseits, weil eine Veröffentlichung nicht nur der Sache schaden, sondern vor allem die schuldige Ehrfurcht vor Sr. Majestät groblich verletzen würde.“

Das ist recht jesuitenklüfflich von den freikonserwativen und nationalliberalen Urhebern der Petition gegen die Jesuiten gehandelt! Und solche Gesellschaft führt das große Wort über die „lichtischen“ Pläne der Jesuiten. O diese protestantischen Jesuiten! —

Der strenge Arrest wirkt nicht nur nicht schädigend auf die Gesundheit, sondern übt sogar noch eine besonders günstige Wirkung auf dieselbe. Diese Entdeckung hat die „Kölnische Zeitung“ gemacht, und sie erklärt, betreffs des militärischen Dunkelarrestes: Es seien leere, unbeweisbare Redensarten, wenn man von einer Gefährdung der Gesundheit bei einer Strafe spreche, die im Interesse der Erhaltung von Ordnung und Disziplin nicht entbehrt werden könne. In der Strafrechtswissenschaft urtheilen, manche Sachverständige nicht nur nicht ungünstig über sie, sondern erstreben ihre Einführung auch für das bürgerliche Strafrecht. So spricht dasselbe Blatt, welches eben erst damit drohte, es könne wieder auf seine früheren republikanischen Ideen sich besinnen, wenn man nicht die Bismarck'sche Gaullerpolitik und den nationalliberalen Schwindel wieder in die Höhe drächte. Wenn man jemals geneigt sein sollte, für wirkliche Kohheitsäußerungen die Prügelstrafe einzuführen, dann wäre es gewiß die „Kölnische

junge Leben des hoffnungsvollen Bruders schien eine Selbstausföderung dessen werth, der selberkannt hatte, daß sein Leben kaum mehr als ein weiteres Jahrzehnt überdauern würde. Ja, es war ein Sonnenblick der Selbstverleugnung, der bei aller dunklen Gluth des Auges plötzlich die bleichen Züge erhellte, fast wie von himmlischer Freude, ein Rettungsmittel für einen Anderen gefunden zu haben.

Aber schneller und entschiedener hatte der junge Handwerker den ersten Schrecken überwunden.

„Das Dokument ist die Hauptsache. Du schließest mich ein,“ flüsterte er; „ich suche fort, ich werfe es auf die Straße, sobald ich es gefunden. Erwarte es dort.“

Dies sagend, schob er den Bruder ohne Hörgern zur ohne Hörgern zur Thüre hinaus, der mechanisch alsbald den Schlüssel umdrehte, ihn herauszog und in seine Tasche steckte.

Vollständig erschöpft von dieser Aufregung fiel er dann in einen Sessel und schloß die Augen. Er hörte Tritte nahen, er mochte die Augen nicht öffnen, eine Hand fiel auf seine Schulter und rüttelte ihn.

„De da, Habicht! Sie pflichtverressener Mensch,“ erscholl die zürnende Stimme des Dr. R. ; „Sie lassen hier alle Thüren offen und schlafen dabei wie ein Murmelthier, so daß man Sie selbst hinausstragen könnte, ohne daß Sie, Schlingel, es merken.“

Lebendigt hatte sich in den wenigen Augenblicken vollständig gefammelt; er rieb sich langsam die Augen, um noch ein wenig mehr Fassung zu gewinnen. Dann erst sah er den Prinzipal wie schläfrig an und fragte langsam:

„Sind Sie es, Herr Doktor?“

„Allerdings bin ich es und frage Sie, wie Sie, wenn Sie schlafen wollen, die Thüren können offen stehen lassen?“

„Suchen Sie sich künftig einen anderen Ort für Ihren Mittagschlaf aus, ich werde die Expedition von nun an über Mittag schließen lassen.“

„Ich bitte um Entschuldigung.“

„Es hat sich was mit Ihren ewigen Entschuldigungen. Jetzt frag' ich Sie, wo ist der Schlüssel zu meinem Kabinette?“

Zeitung“, welche die neunschwänzige Katze zuerst an sich probirt sehen müßte. —

Ueber den Stand der sozialdemokratischen Bewegung in Holland ist uns von Seiten eines bewährten holländischen Genossen ein Bericht zugegangen, den wir vollständig zum Abdruck bringen. Vorausgeschickt wollen wir nur, daß die Notiz in Nr. 4 des „Vorwärts“, welche den Anlaß zu der Zuschrift gegeben hat, nicht aus Holland stammt und — weder direkt noch indirekt — von holländischen Genossen herrührt. Van der Goes war damals in allen deutschen Zeitungsberichten über den holländischen Parteitag als Führer der Opposition gegen Nieuwenhuis genannt. Wir selbst haben uns — wie beiläufig bemerkt sei — in neuerer Zeit mit der holländischen Arbeiterbewegung nur wenig beschäftigt, weil das Verhalten des Herrn Nieuwenhuis, der, so lange er Redakteur des „Recht für Alle“ ist, von der holländischen Arbeiterbewegung nicht getrennt werden kann, — eine ruhige, von Polemik freie Besprechung unmöglich macht. Genug — das „Recht für Alle“ schreibt über die deutsche Sozialdemokratie genau so, wie die „Autonomie“ und ähnliche Blätter dieser Art, die das Recht, von uns ernst genommen und berücksichtigt zu werden, durch ihr knabenhaftes Gebahren verwirkt haben. Daß wir für die Arbeiterbewegung in Holland dieselben Gefühle warmer Sympathie und internationaler Solidarität empfinden, wie für die Arbeiterbewegung aller anderen Länder, das versteht sich von selbst.

Und nun lassen wir den Brief unseres holländischen Genossen, dem wir für seine Mittheilungen danken, nachstehend folgen:

Amsterdam, 12. Januar 1892. In Nummer 4 des „Vorwärts“ kommt eine Notiz vor über den zu Weihnachten in Amsterdam abgehaltenen Parteitag der sozialdemokratischen Partei Hollands. Diese Notiz enthält nun aber Unrichtigkeiten, die hier richtig gestellt werden. Es heißt in der genannten Notiz: „Die Opposition (gegen die angeblich behauptete Diktatur Domela Nieuwenhuis), deren Wortführer van der Goes ist, blieb in der Minorität.“ Diese Darstellung einer Opposition ist entschieden unrichtig; van der Goes war und ist nicht der Wortführer einer Opposition innerhalb der Partei. Auf dem Parteitag zu Amsterdam, dem ersten öffentlichen, war van der Goes nicht als Delegirter irgend welcher Fraktion von Opposition im Parteiverband selbst. Er sprach nur in rein persönlicher Sache gegen den Redakteur des „Recht für Alle“ und daneben auch gegen dessen Tendenz, wofür er auch auf den Parteitag geladen war. Ich will hier nicht eingehen auf die Beschwerden und Beschuldigungen, die gegen Domela Nieuwenhuis vorgebracht wurden — es würde mich zu weit führen, und überdies ist es ja sehr schwer für Außerhalbstehende, die Streitigkeiten richtig zu beurtheilen. Nachdem ich konstatiert habe, daß van der Goes nicht der Wortführer irgend einer Opposition innerhalb der Partei ist, muß ich dreierlei hinzufügen. Erstens, daß van der Goes wohl nach dem Herzen außer der Partei stehend, sich Sozialdemokraten nennender Personen sprach, die jedoch für die Partei nicht in Betracht kommen. Zweitens, daß es wohl in der Partei eine Minorität giebt, die in vielen Punkten nicht einverstanden ist mit der durch die Mehrheit befolgten, durch „Recht für Alle“ vertretenen, sogenannten revolutionären Taktik, die aber durchaus mit der Partei als solcher zu brechen sich bis jetzt nicht veranlaßt sah. Drittens, daß es hier mit dem Namen „Sozialdemokratische Partei“ ein anderes Bewenden hat, als in Deutschland. Dort gehört Jeder, der sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennet und die Partei nach Kräften unterstützt, zu der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Nicht so in Holland. Hier besteht der „Sozialdemokratische Bund“, dessen Programm mit dem Gothaer Programm genau übereinstimmt und wahrscheinlich auch hier einer Revision unterworfen werden wird. Aber es giebt in der sozialdemokratischen Bewegung Hollands noch eine große Masse, die nicht zu dem „Bund“ gehört. Außer einigen Parteigängern des Herrn v. d. Goes gehören dazu z. B. die rein sozialistischen und die mehr oder weniger sozialistisch angehauchten Gewerkschaften. Gemäß einem Beschlusse des Parteitag werden diese Gewerkschaften nicht zu dem „Sozialdemokratischen Bund“ gehören.

„Zu Ihrem Kabinette? Der muß wohl stecken.“

„Wenn er steckte, würde ich Sie nicht fragen.“

„Ah, dann hat ihn ohne Zweifel Herr Musselich abgezogen; ja, ich denke, er sprach davon.“

„Dummer Einfall von dem Musselich, das hat er sonst doch nie gethan; er wird altersschwach, und doch ist seine Treue zu loben. Aber das hilft mir Alles jetzt nichts; ich muß hinein, ich habe etwas vergessen. Laufen Sie schnell zum Schlosser.“

Als Habicht auf die Straße gelangte, blickte er einen Augenblick verzweifelt zum Fenster empor. Als bald erschien an demselben der Kopf des Bruders, dann dessen Hand, dann fiel ein Papier herab, welches Habicht im Fluge erhaschte. Und kaum daß er es entfaltete, als ein Freundschaftszeichen dem oben Hartenden kund gab, daß das Gewünschte gefunden sei. Blitschnell legte der junge Schlosser einen Finger auf den Mund und deutete mit einer energischen Handbewegung nach dem benachbarten Fenster, welches soeben von Dr. Rasmussen geöffnet wurde.

Habicht verstand den Wink und erkannte die Gefahr. Pflüchtigen Schrittes eilte er davon, um bald mit einem Schlosser wiederkommen. Sein Entschluß stand fest, dem Bruder die Flucht, wenn nöthig mit Gewalt, zu ermöglichen. Der erste Erfolg hatte ihn ungewöhnlichen Muth eingeflößt.

Die Thüre des Kabinettes wurde ohne Schwierigkeit von dem herbeizitirten Schlosser geöffnet; Lebercht hielt sich an der Schwelle, auf Alles gefaßt. Aber kein Lebendzeichen ward drinnen bemerkt. Der Schlosser entfernte sich wieder, der Doktor zog ein Schreiben aus seinem Schreibtische und empfahl dem Schreiber beim Fortgehen bessere Vorsicht.

Und als der Schritt des Prinzipals auf der Treppe verklung und der vom Nachspähen noch nicht zurückgekehrte Lebercht die Hände wie zum Dankgebet faltete, erschien der junge Schlosser lachend im Korridor und rief:

„Gewonnen!“

„Gewonnen!“ rief nun auch Lebercht, „Alles ver-

Und nun sind sehr viele, ich darf wohl sagen, die Mehrheit dieser Gewerkschaftler nicht noch außerdem zugleich Mitglieder eines sozialdemokratischen Vereins, schon um der großen finanziellen Opfer willen. Weiter zählt man hauptsächlich in der Provinz Friesland eine sogenannte Volkspartei, deren Programm im Wesentlichen sozialistisch ist. Aber auch diese Volkspartei gehört nicht zu dem „Sozialdemokratischen Bund“. Endlich hat man noch den „Bund für das Allgemeine Wahl- und Stimmrecht“, der in Deutschland auch zu der sozialdemokratischen Partei gezählt werden würde, wenn ein solcher Bund dort einen Sinn hätte.

Dies sind im Wesentlichen die Hauptströmungen der sozialdemokratischen Bewegung Hollands. Werden sie alle einmal zu einer einheitlichen Bewegung sich vereinigen? Dies bleibt abzuwarten. Sobald das allgemeine Wahlrecht in Holland eingeführt ist, wird gewiss eine große Veränderung in der politischen Parteigestaltung im Allgemeinen, und in der sozialdemokratischen Partei im Besonderen, eintreten, — jedenfalls nicht zum Schaden des Sozialismus. —

Kardinal Manning, Erzbischof von Westminster und Primas der katholischen Kirche in England, ist im 83. Lebensjahre an der Influenza gestorben. Manning war Geistlicher der englischen Hochkirche und trat 1850 zur katholischen Kirche über, in welcher er bald zu den höchsten Würden emporstieg. Für die Ausbreitung und Kräftigung der katholischen Kirche in England hat er unermüdet gewirkt. Bekannt ist sein Auftreten im Londoner Dockarbeiter-Streik als Vermittler zu Gunsten der Arbeiter. Die katholische Kirche versteht auch zu Zeiten und unter Umständen sich einen arbeiterfreundlichen Anstrich zu geben, ohne dieses mit der plumpen Heuchelei von in liebedienlicher Kriecherei aufzuzogener landeskirchlicher Pfaffen zu thun. Der Einfluß der letzteren reicht ebenso weit, wie der Einfluß des Gendarmen; die Würdenträger der katholischen Kirche wissen, so weit es nicht im Widerspruch mit Rom steht, eine unabhängige Stellung einzunehmen und einen weiteren Blick sich zu wahren. Sie sind deshalb gewiß nicht die weniger gefährlichen. —

Die Neuwahlen der Gemeinderäte, die in diesem Jahre in ganz Frankreich am ersten Mai-Sonntag stattfinden müssen, fallen mit der sozialistischen Mai-Feier zusammen, da der Wahl-Sonntag der 1. Mai ist. Wie man der „Vossischen Zeitung“ berichtet, wird aus Abgeordnetenkreisen der Regierung nahegelegt, ein Gesetz einzubringen, das die Neuwahlen ausnahmsweise auf den ersten April-Sonntag verlege. Man (?) fürchtet nämlich, daß das Zusammentreffen die Mai-Feier ungebührlich (?) begünstigen würde. Es sei aber nicht wahrscheinlich, daß die Regierung sich diesen Gedanken aneignen wird. — Das meinen wir auch. Der Bericht der „Vossischen Zeitung“ verrät nur die Angstmeierei der Bourgeoisie. —

Das russische Budget wird von verschiedenen Zeitungen ganz ernsthaft besprochen. Wir widmen ihm kein Wort mehr. Aus den Ziffern, welche es giebt, läßt sich absolut kein Schluß ziehen, aus dem einfachen Grunde, weil alle Ziffern willkürlich erfunden sind. Russische Budgets waren von jeher darauf berechnet, das Ausland, welches man anpumpen wollte, zu täuschen. Und jetzt, wo die Finanzlage Rußlands eine so verzweifelte ist, wird womöglich noch mehr gelogen als sonst. —

Von dem Krawall in Jerez*) (Spanien) giebt ein Korrespondent der „Vossischen Zeitung“ folgende Schilderung:

Nur dem Mangel an Umsicht der zuständigen Behörden ist es zuzuschreiben, daß das Ereignis die Ausdehnung annehmen konnte, die es angenommen hat. Denn wenn auch die ganze Sache in übertriebener Weise aufgebauscht worden ist — und zwar durch die Regierung selbst — so ist es doch immer unbegreiflich, wie die im voraus über die zu erwartenden Ereignisse genau unterrichteten Ortsbehörden es so weit kommen lassen konnten, daß einige hundert mit Knütteln, Messern, Säbeln, Revolvern und alten Gewehren bewaffnete Bauern aus den Nachbarorten Ledriza, Arcos, Bormos etc. sich im Bauernhof Tabujete versammelten und von dort nach Jerez ziehen konnten. Beim Betreten der Stadt trennte sich dieser Trupp noch oben-

*) Auch Jerez geschrieben.

drein in drei Abtheilungen von je 30—40 Mann, um gefondert ihre Uebertholen zu begeben und sich dann beim Rathhause zu treffen, wo seit Stunden der Ober-Bürgermeister, der Brigadegeneral, der Militärgouverneur, der Landgerichts-Präsident und viele andere hervorragende Männer der Stadt der Dinge harreten, die, wie Jedermann seit dem Abend mühte, kommen sollten. Der Bezirk von Jerez ist seit lange der Sitz geheimer bäuerlicher Vereinigungen gewesen und diese haben ihre sehr ernste Geschichte. Die kleinen Weinbauern und Grundbesitzer jener Gegend haben den kapitalkräftigen großen Weinhandlern und Grundbesitzern weichen müssen, sind aus unabhängigen begüterten Bauern zu Weilern und Tagelöhnern geworden. Wenn sie dann einmal über ihre spärlichen Löhne murrt, so wurden portugiesische Feldarbeiter verschrieben, die für die Hälfte der Preise die schweren Arbeiten verrichteten. Jetzt scheinen vollends gewissenlose sozialistische Agitatoren den armen hungernden Bauern vorgebetet zu haben, daß die neuen Zolltarife den Weinhandel Spaniens aus das Höchste schädigen und den Bezirk Jerez der völligen Armuth, dem Hunger preisgeben werden. Diese trostlose Aussicht hat die Bauern zur Verzweiflung getrieben und sie bewogen, sich auf ihre rohe Weise der Regierung gegenüber zu äußern. Sie müssen ihre Unbesonnenheit nun schwer büßen, denn die Regierung ist Willens, die Bewegung mit furchtbarer Strenge zu bestrafen.

Also ein ganz gewöhnlicher Krawall, der planmäßig „aufgebauscht“ worden ist, um geeignet fruchtlos zu werden. Wie der Korrespondent der „Vossischen Zeitung“, der den Thatbestand kennt und die Gründe der Verzweiflungsthat ganz richtig angiebt, von „gewissenlosen sozialistischen Agitatoren“ reden kann, wäre unbegreiflich, wüßten wir nicht, welche Verheerungen der Bacillus des Sozialismus schreckens in den Köpfen auch sonst ganz gescheidter Leute anrichtet. Daß die spanische Regierung „mit furchtbarer Strenge“ vorgehen will, das gehört zum Fruchtsitzungsprozeß. Wir kennen das von 1878 her. —

Korrespondenzen und Parteinachrichten.

Die Vereinsvorstände aller Organisationen, denen weibliche Mitglieder angehören, ganz besonders aber die Arbeiterinnen-Vereinsvorstände, werden nochmals aufgefordert, der Unterzeichneten ein Statut einzusenden, sowie die Zahl der Mitglieder baldigst angeben zu wollen. Frau J. Herx, Welten bei Berlin.

Der „Verein zur Erzielung vollständiger Wahlen“ zu Finsterwalde sieht sich zur Veröffentlichung des Folgenden veranlaßt: „In einer vor ca. einem Jahre vom hiesigen evangelischen Bürgerverein einberufenen öffentlichen Versammlung, die auch stark von uns besucht war und in welcher Herr Pastor Geibel (Salzgast) referirte, erwähnte derselbe auch die damals durch fast die ganze bürgerliche Presse gegangenen grundlosen Verleumdungen gegen den Abgeordneten Singer. Obgleich den anwesenden Sozialdemokraten das, was später eine Beleidigungs-klage des obengenannten Abgeordneten gegen einen Berliner Stadtverordneten ergab — nämlich die vollständige Unwahrheit der betreffenden Behauptungen — bekannt war, hinterließen die Angaben des Referenten auf viele Anwesende doch einen derartigen Eindruck, daß wir unter den Folgen dieser Anschuldigungen noch heute zu leiden haben. Bei jeder passenden oder unpassenden Gelegenheit werden unsere Genossen daran erinnert mit dem Hinweis, wenn ein Führer sich so etwas erlauben könne, wie möchten dann erst die anderen Sozialdemokraten sein? Unsere Genossen ließen denn auch die Gelegenheit nicht vorbegehen, den Referenten nach Schluß einer späteren Versammlung auf die Unwahrheit seiner Angaben hinzuweisen; ebenso wurde Herr Geibel der untern zitierte Artikel überhandt, der die weitgehendste Rectifizierung des Abg. Singer enthält. Bis jetzt jedoch hat sich Herr Geibel noch nicht veranlaßt gesehen, seine Behauptungen zu widerrufen. Da wir nicht noch einmal vergebens an das Verantwortlichgefühl des Herrn Geibel appelliren wollen, lassen wir den Artikel hier folgen: „Die „Völkler-Zeitung“, ein Bourgeoisblatt vom reinen Wasser, hatte die Dreinigkeit gehabt, gegen den Genossen Singer die alten Lügen, wegen welcher die „Staatsbürger-Zeitung“ hier seiner Zeit an den Pranger gestellt und verurtheilt wurde, zu wiederholen. Aber Lügen haben kurze Beine und so sah sich denn das Kapitalistenorgan zu folgender de- und wehmüthigen Abbitte gezwungen: Die Nr. 300 der „Völkler Zeitung“ brachte unter Berlin eine Korrespondenz, welche sich neben Angriffen auf die Führer der Sozialdemokratie, speziell mit dem Abg. Herrn Paul Singer beschäftigte. In dem Artikel war behauptet, daß Herr Singer, der Inhaber eines großen Ge-

schäfts, seinen Mäntelnäherinnen einen Tagelohn von 60—80 Pf. zahlte; daß er ferner den Arbeiterinnen, welche mit diesem Lohn nicht auskömmen, die Prostitution empfohlen habe. Wir erkläre in einem Akt der Gerechtigkeit, wenn wir auf die Ungelegenheit bei te nochmals zurückkommen, um, geleitet von dem Wunsche, die sie, wie uns nachgewiesen, unwahren und deshalb Herrn Singer um so schwerer beleidigenden Behauptungen, richtig zu stellen, folgende Erklärungen abzugeben. Herr Paul Singer ist seit drei Jahren aus der Firma ausgeschieden und hat keinerlei Beziehungen zu derselben mehr. Was nun den Tagelohn von 60 bis 80 Pf. anlangt, so ist diese Angabe unrichtig; auf Tagelohn wurde in dem Geschäft überhaupt nicht gearbeitet, sondern die Näherinnen wurden von den für die Firma arbeitenden Schneidermeistern beschäftigt. Nach gerichtlicher Feststellung betrug der wöchentliche Verdienst einer von den für das Geschäft arbeitenden Meistern beschäftigten Näherin 10 bis 12 Mark. Hinsichtlich der Keuherung über die Prostitution geben unsere Ermittlungen dahin, daß Herr Singer diese Keuherungen nicht gethan hat. Eine dem Sinne nach ähnliche Keuherung ist allerdings in dem Geschäft einmal gefallen, aber in ganz anderem Zusammenhang und von einer anderen Person, doch auch bezüglich dieser Keuherung steht es fest, daß niemals geschäftliche Prinzipien oder Handlungen, welche etwa dieser, von dem Hörer selbst als „Redensart“ bezeichneten Keuherung entsprachen, Platz gegriffen haben. Wir freuen uns, daß es uns gelungen, einmal Klarheit in diese Ungelegenheit gebracht zu haben, welche wahrlich der Klärung bedürftig. Selbstredend sind mit gegenwärtigem Artikel auch alle Konsequenzen, die aus demjenigen in Nr. 300 unseres Blattes gezogen waren, halslos geworden. Es thut uns leid, daß wir Herrn Singer undenkbar Unrecht gethan und freuen uns, daß wir nun auch in der Lage sind, durch diese Zeilen dazu beizutragen zu können, die Unrichtigkeit einer vielfach verbreiteten, und infolge dessen auch geglaubten Ansicht festzustellen.“

In Rumburg in Böhmen erhielt bei der Reichs-rath-Wahl der sozialdemokratische Kandidat 331 Stimmen. Der deutschnationale bekam 1203, der deutschnationale Kandidat 289 Stimmen.

Der Kreis Pankas wählte den Sozialisten Fauquay, Redakteur des „Grüßli“, in den Großen Rath.

Der Arbeiter-Wahlverein von Cumberland (England) hat ein Programm aufgestellt, laut welchem er folgendes anstrebt: Die Verkäuflichkeit des Bodens, der Renten und des königlichen Besitzes; eine gesetzlich garantierte achtstündige Arbeitszeit für alle schwere, gefährliche, gesundheitschädliche, gewerbliche Arbeit. Minimallohn für alle Arbeiten, ausgeführt von oder für königliche und städtische Behörden; Ausdehnung der Fabrikgesetz (Inspektion) auf alle Werkstätten, wo Arbeiter beschäftigt werden; Gewährung einer genügenden Staatspension an Alte und Arbeitsunfähige; gleiches, geheimes Wahlrecht und Einführung der Wahlpflicht. Zahlung von Vätern an die Abgeordneten. Deckung der Wahlkosten aus Staatsmitteln; längere Legislaturperioden — der Wahltag ist zu einem Feiertag zu erklären; Aufhebung des House of Lords (des Oberhauses) und aller erblichen Ehrenämter.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Dem Redakteur Singweiler von der „Eiberfelder „Freien Presse“ ist vom dortigen Ersten Staatsanwalt mitgetheilt worden, daß das gegen ihn wegen angeblicher Verletzung des § 130 St.-G.-B. anhängig gewesene Verfahren eingestellt sei. Anlaß zu dem Verfahren hatte ein Artikel gegeben, welcher die Ueberseiftheit trug: „Strom über Revolution“.

— Redakteur Jilge vom Halleischen „Völklerblatt“ war seinerzeit von der Halleischen Strafkammer zu 1 Jahr Gefängnis verurtheilt worden, weil er in jenem Blatte „aufgerichtet“ und Staatsfeindlichkeiten „verächtlich“ gemacht haben sollte. Das Urtheil wurde vom Reichsgericht aufgehoben und die Strafkammer zu Nordhausen zur Entscheidung überwiesen. Dieselbe hat nun in derselben Sache auf Freisprechung erkannt, wofür der genannte Parteigenosse nach der Ansicht der Halleischen Richter 385 Tage hinter Schloß und Riegel verurtheilt wurde.

— Der Bergmann August Siegel in Dortmund, seinerzeit Mitglied der sogen. Kaiser-Deputation, welcher zu einer 6 monatlichen Gefängnisstrafe verurtheilt worden war, ist nach England geflüchtet.

— In Prag wurden nach einem Völkler Telegramm 5 Sozialisten, darunter Marie Herget, wegen Majestätsbeleidigung und Religionschmäderung zu Kerkerstrafen von 6 Wochen bis 15 Monaten verurtheilt. Den Gegenstand der Anklage bildete nach derselben Quelle eine Rede, welche Marie Herget in einem Arbeiterverein gehalten hatte, sowie die Absingung eines Schmähliedes seitens der übrigen Angeklagten.

gessend, und fiel dem Bruder um den Hals; „aber glaubst Du mir nun?“

„Ich glaube Dir, verzehne mir meine früheren Zweifel. Aber ich habe die Werthpapiere liegen sehen, die Du unberührt gelassen, und das hat mir die Ueberzeugung gegeben, daß es sich um etwas Höheres handelt. Da habe ich Festigkeit und höheren Muth gewonnen.“

„Und auf welche Weise fandest Du das Dokument?“

„Du sagtest mir, es müßte darinnen sein, und da dachte ich wohl, daß es nur im geheimen Fache verborgen sein könnte. Ich sah mir dieses Fach genauer an und bemerkte, daß es um einen halben Zoll zu kurz sei. Deshalb hob ich von unten an der Rückwand, die ging in die Höhe und verbergte gerade zwischen sich und der wirklichen Rückwand einen Raum, breit genug, um jenes Schriftstück beherbergen zu können. Da sagte ich mir: „Das muß es sein, das ist unser Glück, das muß hinab.“ Und obwohl ich hörte, daß Du zum Schlosser geschickt wurddest, hatte ich keinen anderen Gedanken als den, Du müßtest auf die Straße und würdest so in Besitz dessen gelangen, was Du wünschtest. Erst dann sah ich mich nach einem Versteck um und konnte nirgends ein besseres finden als da, wo sich die Lade vor dem Kleiderhalter befindet. Die Lade verdeckt durch die Lade, den Körper bedeckt von den Kleidungsstücken, konnte ich hoffen, verborgen zu bleiben. Ja, Bruder, ich glaube, unser Werk war ein gutes, sonst hätten wir nicht so viel Glück gehabt.“

„Und ich,“ erwiderte Leberecht melancholisch, „ich glaube, unser Werk war ein gutes, sonst hätten wir nicht so viel Schwierigkeiten gehabt. Aber jetzt nimm das Dokument und bringe es in unserer Wohnung in gutem Versteck unter, denn ich bin wegen des Schlüssels an der Kabinettstheze noch nicht außer Verdacht und folglich auch nicht außer Gefahr. Aber ich werde dem Russelich den Schlüssel in seinen Pfingstentumker praktizieren, und da mag er dann Stein und Bein schwören, er habe den Schlüssel nicht abgezogen, es wird ihm doch kein Mensch glauben, und schließlich wird er, wie alle kleinen Geister, an sich selbst irre, wenn er sieht und merkt, daß die Andern anders

denken, als er. Nun aber nimm mein heißesten Dank, lieber Bruder. Du bist durch diese That vom Knaben zum Manne geworden.“

„Und unsere große Idee, Bruder, der wir unser Leben zu weihen beschloßen haben, es möge kommen wie es wolle, wird sie durch unsere heutige That gefördert werden?“

„Sie ist durch unser heutiges Unternehmen um eine Meile weiter der Verwirklichung zugeführt.“

„Nun dann, im Namen der Freiheit, weiter!“ rief der junge Mann und drückte dem Bruder die Hand zum Abschiede.

Es war die höchste Zeit, daß er ging, denn bald nach seinem Fortgange erschienen die ersten Hilfsarbeiter beim Rechtsanwalter des Dr. Massmann von Neuem. Bei ihrem Eintritt sah Leberecht Dabicht wieder still und ernst schreibend an seinem Arbeitsplatz und schien vor angestrengter Arbeit das Kommen seiner Kollegen gar nicht zu bemerken.

Achtes Kapitel.

Der Kampf der Arbeit.

Die erst vor drei Jahren begründete Druckerei von Wilhelm Barth befand sich in einem Hinterhause der Wallstraße. Durch emsige Bemühungen, rastloses Arbeiten, durch solide Preise, saubere Arbeit und pünktliche Versorgung derselben war es dem jungen Buchdrucker gelungen, eine ansehnliche Kundschaft heranzuziehen, welche stetig eine Erweiterung des Geschäftes möglich und nöthig gemacht hatte. In kurzen Zwischenräumen mußte ein Zimmer der Etage nach dem anderen zum Geschäft herangezogen werden. Barth hatte sich genöthigt gesehen, anderwärts seine Privatwohnung aufzuschlagen; bald waren auch die Pressen gezwungen worden, den Säglästen Platz zu machen und in das Erdgeschloß hinabzuziehen, in welchem sich zugleich eine Werkstatt für die Buchbinderei einrichten ließ.

Um das Geschäft im Verhältnis zu der immer zahlreicher werdenden Bestellungen mit entsprechendem Arbeitswerkzeug auszustatten, hatte Barth alle Ueberflüsse wiederum ins Geschäft verwendet; ja, er war gezwungen gewesen, den Kapitalisten, der ihm Geld zu seinem eigenen kleinen Begründungskapital vorgestreckt, noch um einige

kleine Darlehen anderweit anzugehen. Der Kapitalist war ihm auch bereitwillig zu Diensten gewesen, denn er sah, daß sein Geld sich im Geschäft nicht verlor. Dabei berechnete er aber im Stillen, was das Geschäft wohl einbringen möchte, und da er es für durchaus recht und billig hielt, daß ihm ein Theil dieses Gewinnes, den er freilich nicht durch seine Arbeit erzeugt hatte, zufalle, so kündigte er eines Tages sein Darlehen, erklärte sich aber zu gleicher Zeit willig, es fernerhin dem Geschäft zu überlassen, wenn ihm ein höherer Zins gezahlt, oder vielmehr, da ein höherer Zins in die Kategorie der zur Zeit noch vom Staate mit Strafe belagten Wucherzinsen gehört hätte, wenn ihm ein Antheil am Gewinn neben den Zinsen gemährt würde.

Umsonst hatte ihm Barth vorgestellt, daß er keinen Anspruch an den Geschäftsgewinn zu beanspruchen habe, da derselbe nicht durch das todte Kapital erzeugt werden könnte, daß das Kapital an und für sich selbst nicht einmal die mächtigsten Zinsen zu tragen vermöchte, wenn es nicht in den fleißigen Händen des Arbeiters als Saat diente, die eine Ernte hervorbringt; umsonst hatte er ihm vorgestellt, wie es doch ganz gewiß unbillig sein würde, wenn man von dem Landmann, dem man die Aussaat geborgt, einen größeren Theil der Ernte abverlangen wollte, als die Aussaat und eine Vergütung für die Zeit, da doch der Darlehende im Falle eines Mißglückens der Ernte nichtdehroweniger das Darlehen und die Zinsen verlangen würde. Aber Barth bemick ihm auch umsonst, daß seine Arbeiter ein größeres Anrecht an den Gewinn hätten, machte ihn vergeblich darauf aufmerksam, daß er, wenn er dem Staate sein Geld liehe, doch auch nur bestimmte Zinsen bekomme; — der Kapitalist blieb bei seinem Verlangen, und so mußte der Bruch erfolgen.

Barth sah sich infolge dessen nach anderen Darleheren um, aber die Meisten von ihnen waren in auffällig kurzer Zeit von den Gewinnungs- und Geschäftsgenossen des Hauptgläubigers in Mißtrauen verjast worden, so daß sie nur gegen Provision und auf kurze Fristen kleine Summen darlehen.

(Fortsetzung folgt.)

Theater.

Freitag, den 15. Januar.
Spernhaus. Cavalleria rusticana (Bauern - Oper). Vorher: Die Jahreszeiten.
Schauspielhaus. Das goldene Vlies.
Festung-Theater. Selga.
Deutsches Theater. Torquato Tasso.
Berliner Theater. Othello.
Lesden-Theater. Madame Mon-godin. Vorher: Nobeazar Violet.
Wallner-Theater. König Krause.
Friedrich-Wilhelmsbäd. Theater. Der Mikado.
Thomas-Theater. Luftschiffer.
Gallealliance-Theater. Der ledige Hof.
Okend-Theater. Die Räuber.
Adolph Ernst - Theater. Der Langtischel.
Alvanderplatz-Theater. Schwarze Brüder.
Fernpalast. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebäude Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.
Konkordia-Palast-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Saumann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Gratweil'sche Bierhallen.
 Kommandantenstr. 77-79.
 Heute sowie täglich:
 Auftreten der
Hamburger Gaudebrüder
 Konzert- und Kouplefänger.
 Anfangs 7 1/2 Uhr, Sonntags
 6 Uhr. Entree: Dochtags 10 Pf.,
 Sonntags 25 Pf.
 Empfehlung meinen berühmten Mittags-
 tisch à la Duval. 3 Regeldahnen
 6 Billards, 2 Café. 1189L

Stabiliment Bugenhagen
 am Moritzplatz.
 Täglich:
Unterhaltungs-Musik.
 Direktion J. Hödmann.
 Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.
 Großer Frühstück- und Mittagstisch.
 Spezial-Küche von Pagenhofer
 Export-Bier, Seidel 15 Pf.
 641 F. Müller.

Castan's Panopticum
 Friedrichstr. 156a, Ecke Schrenkstr.
Neu:
Colossal-Gruppe
Bauern-Aufstand!
 Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.
 Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr Ab

Passage-Panopticum.
Neu:
Die Sündflut
 mit Donner, Blitz, Regen
 und Windstößen etc.

Viel neue Spezialitäten.
La belle Irene,
 die Köchin Amerikanerin in
Präucher's anatomischem
Museum
 nur noch kurze Zeit Kommandantenstr.
 Täglich für erwachsene Herren.
 Dienstag und Freitag für **Damen.**

Damen-Mästen-Garderobe
 von M. Roussel,
 Skalitzerstr. 43, pt.
 Grosser Mittags- und Abendtisch.
 Born., Volksh., Intelligenzbl., Lokalan-
 liegen aus. Gannich, Babelstr. 33.

Königsberger Fleck,
 täglich von früh 8 bis Abends 11 Uhr.
 Jeden Sonnabend Klambel, sowie alten
 Breslauer Lager-Korn empfiehlt
 Langer's Destillation, Mühlenstr. 8.

Möbel, Spiegel und
Polsterwaaren.
 eigener Gr. Lager, bill. Preise.
Fabrik. Emil Heyn,
 Brunnenstraße 28, Hof parterre.
 Theilzahlung nach Uebereinkunft.

Die Sammelliste Nr. 2710 der Buch-
 drucker u. s. w. ist in der Silber-
 waarenfabrik v. Volksgold u. Sohn,
 Kommandantenstr. Nr. 14, erworben
 worden. Diejenigen, welche diese Liste
 zu Gesicht bekommen sollten, werden
 ersucht, dieselbe sofort anzuhalten und
 der Kommission der Buchdrucker bei
 Gratweil's zu überweisen.

Circus Renz.

Karlstraße.
 Freitag, den 15. Januar 1892,
 Abds. 7 1/2 Uhr: **Gr. Souvenir-Vor-**
stellung. Auftreten der Klownen
 O. Godlewski, 3 Gebr. Briatore, Paul
 William, Gebr. Dianta, Warno, Gebr.
 Kronemann, Herrmann, Misco u. in
 ihren höchst komischen Entrees und
 Intermezzen. Außerdem: Controdanse,
 geritten v. 9 Herren, angef. v. Herrn
 Fr. Renz. Coriolan, ger. v. d. Schul-
 reitlerin Fel. Oceana Renz. Emperor,
 ger. vom Schutzeiter Herrn Gaderel.
 Die grossartigen Tromplinsprünge über
 2, 4, 6, 8, 10 Pferde von den besten
 Springern. The 3 Eltons als Akro-
 baten. Auftreten einer Wiener Damen-
 kapelle. Emir (Apporteur) dress. und
 vorgef. v. Herrn Franz Renz. Mr. Jules,
 Jockeyreiter. Mlle. Natalia, Parforce-
 reitlerin u. cc. Zum Schluss der
 Vorstellung: **„Auf Selgoland“**
 oder Edda und Flath. Große hydrologische Ausstattungs-
 pantomime in 2 Abtheilungen mit
 National-Tänzen (60 Damen), Aufzügen
 u. Ferner Dampf-schiff- und Bootfahrten,
 Wasserfälle, Riesenfontänen mit allerlei
 Lichteffekten u. sowie neue
 Arrangements vom Direktor
E. Renz. Täglich: **Auf Selgoland.**
 Sonntag 2 Vorstell. Nachm. 4 Uhr:
 (1 Kind frei.) Auf viel. Verlangen
 Amor in der Küche. Abends 7 1/2 Uhr
 Auf Selgoland.
E. Renz, Direktor.

Circus G. Schumann.

Friedrich-Karl-Platz, Ecke Karlstr.
 Heute, Abends 7 1/2 Uhr: **Gr. Klown-**
und Komiker-Vorstellung. Wer sich
 amüsiren will, muß heute kommen.
 Besonders hervorzuheben: Die Abfahrt
 vom Corps de ballet-Ball mit der Ge-
 poldrosche 1001. (Neue höchst kom.
 Einlage.) Zum 1. Male: Die Cham-
 pion-Boxer Little Fred und Chianchi.
 Zum 1. Male: Der Dorfschuster, kom.
 Intermezzo v. Clown Tanti mit seinen
 Kollegen. Der brasilianische Affe,
 dargest. v. Herrn Melias. Der Ori-
 ginal-Schlangenmensch Herr Hjalma
 von Bergh. Szene a. d. Oper „Othello“
 vorgef. vom Clown Tanti. Tandem
 mit 4 Schulps. ger. von Herrn Ernst
 Schumann. Doppelsackey von Mr. Jos
 Rodgini und Victor Bedini. Hallsax,
 arabischer Schlangenmensch, in Freiheit
 vorgeführt von Herrn Ernst Schumann.
 Konkurrenz zwischen 3 engl. Spring-
 pferden geritten u. den Herren Gebr.
 Hesse und Meyer.
 Zum Schluss d. Vorstell. **„M. W.“**, od.
 Berliner Kinder im Sommer und
 im Winter. Gr. Wasser- und Feuer-
 pantomime mit gänzlich neuer Aus-
 stattung und neuen sensationellen
 Wasser, Licht- und Feuer-Effekten.
 Morgen: Große Vorstellung. Neues
 Programm. Zum Schluss: **„M. W.“**
 Sonntag 2 Vorst. Nachm. 3 1/2 Uhr
 (1 Kind frei) und 7 1/2 Uhr. Nachm.:
 Eine ländliche Hochzeit. Abends:
„M. W.“

Verlag des „Vorwärts“
 Berliner Volksblatt
 Berlin SW., Beuthstrasse No. 2.

Für Vereins- und Privatbibliotheken empfehlen wir zur An-
 schaffung die Schriften von:

- Karl Marx u. Friedrich Engels:**
- Marx, Karl.** Der Bürgerkrieg in Frankreich. Adresse des Generalraths der Internationalen Arbeiter-Association. Dritte deutsche Auflage, vermehrt durch die beiden Adressen des Generalraths über den deutsch-französischen Krieg und durch eine Einleitung von Friedrich Engels. 72 Seiten. Preis 30 Pf.
 - Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte. 3. Auflage. Preis 1 M.
 - Lothararbeit und Kapital. Separatabdruck aus der „Neuen Rheinischen Zeitung“ vom Jahre 1849. Mit einer Einleitung von Friedrich Engels. 86 Seiten. Preis 20 Pf.
 - Vor den Kölnener Geschworenen. Prozeß gegen den Ausschuss der rheinischen Demokraten wegen Aufrufs zum bewaffneten Widerstand (9. Februar 1849). Aus der „Neuen Rheinischen Zeitung“. Mit einem Vorwort von Friedrich Engels. 32 Seiten. Preis 15 Pf.
 - Enthüllungen über den Kommunisten-Prozeß zu Köln. Neuer Abdruck. Mit einer Einleitung von Friedrich Engels und Dokumenten. 88 Seiten. Preis 25 Pf.
 - u. Engels, Fr. Das kommunistische Manifest. Fünfte autorisierte deutsche Ausgabe. Mit Vorreden von Karl Marx und Friedrich Engels. 32 Seiten. Preis 10 Pf.
 - Das Kapital. Kritik der politischen Oekonomie. Erster Band. 4. durchgesehene Auflage. Herausgegeben von Friedrich Engels. XXXII u. 739 Seiten. Preis brosch. 9 M., in Halbfranz geb. 11 M.
 - Zweiter Band. XXVIII u. 526 Seiten. Preis brosch. 8 M., in Halbfranz geb. 10 M.
 - Das Elend der Philosophie. (Vergiffen. Neu-
 druck in Vorbereitung.)
 - Engels, Friedrich.** Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats. Im Anschluß an Lewis H. Morgan's Forschungen. 4. Auflage. XXIV u. 188 Seiten. Preis brosch. 1 M., geb. 1,50 M.
 - Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der Wissenschaft. 2. Auflage. 315 Seiten. Preis brosch. 2 M., geb. 2,50 M.
 - Die Entwidlung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. 4. vervollständigte Auflage. 59 Seiten. Preis 30 Pf.
 - In Sachen Brentano contra Marx wegen angeblicher Fälschung. Geschichtserzählung und Dokumente. 75 Seiten. Preis 1 M.
 - Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassichen deutschen Philosophie. Mit Anhang: Karl Marx über Feuerbach vom Jahre 1845. 72 Seiten. Preis 50 Pf.
 - Preussischer Schnaps im Deutschen Reichstag. (Aus dem „Volksstaat“ von 1876.) 18 Seiten. Preis 10 Pf.
 - Zur Wohnungsfrage. Zweite durchgesehene Auflage. (Aus dem „Volksstaat“ von 1872.) 72 Seiten. Preis 25 Pf.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.
 An auswärtige Besteller versenden wir nur gegen vorherige
 Einsendung des Betrages, Porto extra.
Vorrätig in der Expedition des „Vorwärts“
 Berliner Volksblatt,
 Berlin SW., Beuthstrasse Nr. 3.

Brockhaus, Meyer's
 Lexikon, Bücher, Bibliotheken laust
A. Hannemann, Kochstr. 56 L.
 Schmerzloses Zahnziehen 1 M.
 Plombiren von 1,50 M. an. Künstliche
 Zähne 2 M. Spracht. 8-6 Uhr.
 Zahnarzt Robert Wolf, 1781L
 Chausseestr. 123 a, Oranienburger Thor.

Künstliche Zähne 2 Mark.
 Plomben von 1,50 M. an. Schmerz-
 loses Zahnziehen 1 M. Sprechstunden
 8-7 Uhr. Zahnarzt Robert Wolf,
 Chausseestr. 123, am Oranienb. Thor.
Künstliche Zähne
 à Zahn 2 Mark
 2b Reinoldenborferstr. 2b. 1770L

Grosse öffentliche
Maurer- und Püher-Versammlung
 am Sonntag, den 17. Januar, Vorm. 10 1/2 Uhr,
 im „Feen-Palast“, Burg- und Wolfgangstrassen-Ecke.
 Tagesordnung:
 1. Der Werth der Zentral-Organisation. Referent Reichstagsabg. Herr
Ulrich. 2. Diskussion.
 Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ersuchen wir sämtliche
 Maurer und Püher Berlins, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Die Vertrauensmänner:
 B. Förster, Lübeckstr. 43. H. Klingenberg, Rittenwalderstr. 63.
 Zur Deckung der Unkosten findet eine Lesersammlung statt.

Maurer! Achtung! Maurer!
 Sonntag, den 17. Januar, Vorm. 10 Uhr:
Gr. öffentl. Maurer-Versammlung,
 einberufen von den
 Filialen des Zentralverbandes deutscher Maurer Berlins,
 im „Feen-Palast“, Burg- und Wolfgangstrassen-Ecke.
 Tages-Ordnung:
 Vortrag des Reichstagsabg. Herrn **Ulrich** über Zentralisation.
 Maurer Berlins! Da die Tagesordnung eine wichtige ist, fordern wir
 sämtliche Maurer Berlins auf, in dieser Versammlung zu erscheinen, gleich-
 viel welcher Richtung sie angehören. — Maurer Berlins! Habt Acht auf die
 Kanonze im „Vorwärts“ und auf den Anschlagzäulen. 427/5
 Also auf, Maurer Berlins, erscheint alle in dieser Versammlung, um
 zu zeigen, daß auch Ihr gesonnen seid, Eure Rechte zu vertreten.
Der Vertrauensmann der Berliner Maurer:
 K. Weiss, Tegelerstraße 27.

Fachverein der Tischler (Norden).
 Montag, den 18. Januar, Abends 8 1/2 Uhr,
 im Lokale des Herrn Keller, Berg-Strasse Nr. 68:
Grosse Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag über: „Zentral- oder Lokalorganisation.“ Referent Herr
Link. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches. 4. Verschiedenes und Frage-
 stellen. — Aufnahme neuer Mitglieder, auch haben Gäste Zutritt.
 324/9 **Der Bevollmächtigte.**

Achtung! Achtung!
Große öffentliche Versammlung
der Zimmerer Berlins u. Umg.
 am Sonntag, den 17. Januar, Vorm. 10 Uhr,
 im Etablissement „Eiskeller“, Chausseestrasse 88.
 359/11 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag über den Ruhen des Bau-Arbeiter-Kartells. 2. Diskussion.
 3. Abrechnung des letzten Vierteljahres 1891. — Um pünktlichen und zahl-
 reichen Besuch ersucht **Die Lohnkommission.**

Bund geselliger Arbeitervereine Berlins
 und Umgegend.
Bundes-Versammlung
 am Sonntag, den 17. Januar, Vormittags 10 Uhr, in
 Joel's Restaurant, Andreadstr. 21 (ob. Saal).
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag: „Unser neues Bundesstatut.“ 2. Besprechungen über das
 erste Stiftungsfest. 3. Wahl des 3. Kassenrevisors. 4. Aufnahme neuer
 Vereine. 5. Bundes-Angelegenheiten. **Der Vorstand.**
 Die Delegirten werden ersucht, die alten Statuten resp. Quittungs-
 bücher mitzubringen. 197/11

Leseklub „Carl Marx“.
Versammlung für Männer u. Frauen
 am Sonntag, den 17. Januar, Abends 6 Uhr,
 im großen Saale der „Berliner Kochbrauerei“ am Tempelh. Berg.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen Richard Fischer über: „Neuer Kurs“.
 Nachdem: **Gefelliges Beisammensein und Tanz.**
 403/8 **Der Einberufer.**

Grosser Wiener Masken-Ball
 des
Sozialdem. Wahlvereins für Teltow-Charlottenburg
 am Sonnabend, den 16. Januar 1892, im Lokale „Bismarckshöhe“.
 Anfang Abends 8 Uhr.
 Billets sind bei den Genossen A. Rötiger, Wilmersdorferstraße 65;
 A. Sellin, Charnstr. 16; Ernst Luzke, Christstr. 30, sowie allen Vorstands-
 mitgliedern zu haben. 342/17

Arbeiter-Bildungsschule.
 Am Sonnabend, den 16. Januar, Abends 8 Uhr, im Feen-Palast,
 Burg- und Wolfgangstrassen-Ecke:
1. Stiftungs-Fest,
 bestehend in Konzert, Gesangs-Aufführungen mehrerer Vereine des
 Arbeiter-Sängerbundes, Prolog, Festrede von W. Siebhuhn, lebenden
 Bildern und Tanz. — Billets à 25 Pfg. sind in den Zahlstellen, in den
 Schulen und an den sonstigen mit Plakaten belegten Stellen zu haben.
 431/9 **Der Vorstand.**

Achtung! Achtung!
Ethische Gesellschaft.
 Der angekündigte Vortrag der Frau Heinrich-Wilhelmi zum nächsten
 Sonntag, den 17. Januar, Abends, findet, weil der Saal zu klein, nicht in
 Gratweil's Bierhallen, sondern in Horbert's großen Festsaal,
 Eingang Beuthstr. 20, Abends 5 1/2 Uhr statt. 437/5
 Betten — Theilzahlung. F.R. Retzlaff, 3000 M. per Rasse sofort. 18742
 Bettfedern - Spezialgeschäft. Arthur Ziemer, Cuvrystr. 17.
 Brückenstr. 5 (Jannowibridge). [1887L]

Der preussische Landtag

Ist heute vom Ministerpräsidenten Grafen v. Caprivi mit folgender Thronrede eröffnet worden:

Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtages!

Seine Majestät der Kaiser und König haben mich mit der Eröffnung des Landtages der Monarchie zu beauftragen geruht. Die Lage der Staatsfinanzen hat sich im Laufe dieses Jahres weniger günstig gestaltet. Während die Rechnung für 1890/91 noch mit einem ansehnlichen, auf bewilligte Anleihen verrechneten Ueberschusse abschließt, ist es nicht ausgeschlossen, daß infolge der Steigerung der Ausgaben, namentlich bei den Staatsbahnen, sich im laufenden Jahre ein jenen Ueberschuss übersteigender Fehlbetrag herausstellen wird.

Bei Aufstellung des Etats unzerzücklich zugehenden Etats hat demgemäß auf allen Gebieten der Staatsverwaltung besondere Sparsamkeit geübt werden müssen. Namentlich hat zum Bedauern der Staatsregierung die als notwendig anerkannte Aufbesserung der Besoldungen der außerrheinischen Staatsbeamten in diesem Jahre noch nicht in der wünschenswerten Weise weitergeführt werden können. Nur zu der allseitig für besonders dringlich erachteten Verbesserung der äußeren Lage der Lehrer an höheren Schulen und Seminarien sind schon jetzt die erforderlichen Beträge in den Etat eingestellt.

Das System des Aufstiegs der Beamten nach Altersstufen ist bei den Unterbeamten bereits in dem diesjährigen Etat zur Ausführung gebracht und soll im nächstjährigen Etat im Anschluß an die Vermehrung der etatsmäßigen Stellen auf weitere Beamtenklassen ausgedehnt werden.

Der Entwurf des in dem Einkommensteuer-Gesetze vom 24. Juni 1891 vorbehaltenen Gesetzes wegen Gewährung einer Entschädigung für die Aufhebung der den Häuptern und Mitgliedern der Familien vormals unmittelbarer deutscher Reichshäupter zustehenden Befreiung von ordentlichen Personalsteuern, sowie der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Revisionen des beschlagnahmten Vermögens des vormaligen Königs von Hannover, wird Ihrer Beschlussnahme unterbreitet werden.

Der von dem Landtage wiederholt gestellte Antrag auf gesetzliche Feststellung der Grundzüge für die Veranschlagung, Führung und Kontrolle des Staatshaushalts hat die Staatsregierung veranlaßt, erneut an die Aufstellung einer solchen Gesetzesvorlage heranzutreten, jedoch sind die Arbeiten noch nicht zum Abschluß gelangt.

Anknüpfend an die im vorigen Jahre versuchte gesetzliche Ordnung des Volksschulwesens wird wiederum der Entwurf eines Volksschulgesetzes vorgelegt werden; derselbe ist bestimmt, die einschlägigen Vorschriften der Verfassungsurkunde zur vollen Ausgestaltung zu bringen. In Verbindung damit ist die Aufhebung der Regierungsabteilungen für Kirchen und Schulwesen und die Uebertragung ihrer Geschäfte auf die Regierungspräsidenten durch eine Novelle zum Gesetz über die Organisation der allgemeinen Landesverwaltung beabsichtigt.

Um den Kirchengemeinschaften die als notwendig erkannte Beseitigung der Stempelgebühren für Trauen und Trauungen in einfacher Form zu ermöglichen, ist die Gewährung staatlicher Beihilfen in Aussicht genommen und sind die erforderlichen Mittel in den Etat eingestellt. Mit den Vertretungen der evangelischen Landeskirchen der älteren Provinzen und der Provinz Schleswig-Holstein konnte bereits die ihnen verfassungsmäßigen Zusammenkünfte eine kirchengesetzliche Regelung der Verwendung vereinbart werden, deren staatsgesetzliche Sanktionierung Sie demnächst beschließen wird. Auch andere, äußere Verhältnisse der evangelischen wie der katholischen Kirche betreffende Vorlagen werden Ihnen zur verfassungsmäßigen Beschlussfassung zugehen.

Der in der ersten Session der gegenwärtigen Legislaturperiode nicht zur Verabschiedung gelangte Entwurf eines Gesetzes über die königlichen Polizeiverwaltungen in Stadtgemeinden neu regelnden Gesetzes wird mit einigen Abänderungen Ihnen wiederum zur Beschlussnahme vorgelegt werden. Im Anschluß an dieses Gesetz wird die Uebertragung der Verwaltung der verschiedenen Zweige der Wohlfahrtspolizei in jenen Städten an die Gemeindebehörden in die Wege geleitet werden.

Die Rechtsverhältnisse derjenigen Eisenbahnen, auf welche das Gesetz vom 3. November 1888 nicht Anwendung findet, sind theils nicht völlig sicher, theils nicht so zweckmäßig geordnet, wie dies im Interesse kräftiger Entwicklung dieses wichtigen Verkehrszweiges erwünscht ist. Dem in dieser Beziehung hervorgetretenen Bedürfnisse soll eine Vorlage Abhilfe schaffen, welche Ihnen demnächst zugehen wird.

Auch in diesem Jahre werden Ihnen auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens Vorschläge gemacht werden, welche durch die Herstellung neuer Schienenverbindungen und durch sonstige Bauausführungen und Beschaffungen die Erweiterung, Vervollständigung und bessere Ausrüstung des Staats-Eisenbahnnetzes bezwecken.

Die stetige Zunahme der Geschäfte bei den Gerichten der Stadt Berlin hat die Notwendigkeit ergeben, die Führung der Dienstaufsicht bei diesen Gerichten durch besondere Vorschriften zu regeln. Eine entsprechende Gesetzesvorlage wird Ihnen zugehen.

Durch die Novelle zur Reichs-Gewerbeordnung vom 1. Juli 1891 ist das seitliche Maß des gesetzlichen Arbeiterschutzes wesentlich erweitert worden. Die auf die Sicherung der Sonntagsruhe der Arbeiter sowie auf die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter und erwachsener Arbeiterinnen bezüglichen Bestimmungen der Novelle finden auch auf den Bergbau unmittelbar Anwendung. Bei anderen durch das Reichsgesetz neu geordneten Gegenständen aber hat die Rücksicht auf die Eigenständigkeit des bergbauartigen Betriebes es zweckmäßig erscheinen lassen, die landesgesetzliche Regelung vorzubehalten. Eine entsprechende Gesetzesvorlage wird dem Landtage alsbald zugehen.

Meine Herren, indem ich Sie im Auftrage Sr. Majestät begrüße, lade ich Sie ein, Ihre Arbeiten wieder aufzunehmen, und spreche im Namen der Staatsregierung die Hoffnung aus, daß Ihre Verhandlungen auch in der bevorstehenden Session unter Gottes Segen zum Wohle des Landes gereichen werden.

Auf Befehl Sr. Majestät des Kaisers und Königs erkläre ich den Landtag der Monarchie für eröffnet.

Abg. v. Meyer-Krusdwalde beklagt sich über die nach seiner Meinung mehr als kümmerliche Unterstützung, welche die deutsche Kunst von Seiten des Deutschen Reichs erfährt. Für die lebende Kunst seien in dem Etat nur 20 000 M. Unterstützung für die Beteiligung der deutschen Kunst an internationalen Ausstellungen eingestellt. Das einzige, was neuerdings für die Plastik geschehe, sei die Verwendung von 900 000 M. für Stand- und allegorische Bilder bei dem neuen Reichstags-Gebäude. Es handle sich aber hier auch weniger um die deutsche Kunst als um das deutsche Kunstgewerbe.

Staatssekretär v. Bötticher: Die Beteiligung des Reichs an der Kunst ist doch nicht so gering, wie der Herr Redner es dargestellt hat. Die Kunst ist keine Reichsaufgabe, höchstens in Ausnahmefällen. Der Bundesrath überläßt die Pflege der Kunst meist den Einzelstaaten. Nur in einzelnen Fällen ist das Reich dazu übergegangen, Ausgaben zu machen, theils im Etat, theils in den Dispositionsfonds. Das wird auch weiter geschehen, namentlich wird das Reich für seine Baumerke der ausübenden Kunst ein ausgiebiges Feld einräumen. Beim Reichstagsbau sind nicht bloß kunstgewerbliche Erzeugnisse verwendet, sondern auch Künstler, Bildhauer u. s. w. auch von erstem Rame sind dabei betheiligt. Aus dem Etat ist das freilich nicht zu ersehen, da die Aufstellungen immer generell nicht für die einzelnen Zwecke erfolgen. Für Kunstwerke wird das Reich nach Maßgabe der vorhandenen Mittel thun, was in seinen Kräften steht.

Der Titel wird genehmigt. Für Postdampfer-Verbindungen sind ausgeworfen: Nach Ostasien und Australien 4 400 000 Mark, nach Ostafrika 900 000 Mark.

Abg. Bamberger (Dfr.) weist darauf hin, daß die Unterstützung dieser Dampferverbindungen wenig Vortheile für Deutschland gebracht habe. Die Ausfuhr deutscher Waaren auf diesen Schiffen sei eine sehr geringe gewesen, und wenn auch der „Reichs-Anzeiger“ eine prozentuale Steigerung derselben behauptet, so bedeutet das nichts, denn bei geringen Quantitäten stellen sich sehr leicht hohe Prozente heraus. Der Passagierverkehr ist allerdings ein sehr erheblicher; aber es handelt sich hauptsächlich um Passagiere der dritten Klasse, also um Auswanderer und zwar nicht Auswanderer deutscher Abkunft, sondern wahrscheinlich meist englischer Abkunft. Das wäre nicht weiter schlimm, wenn wenigstens der Bremer Lloyd bei dieser Unternehmung auf seine Kosten gekommen wäre. Aber der Bremer Lloyd hat erhebliche Verluste erlitten; in jedem Jahre beträgt der Zuschuß des Reichs und der Verlust der Bremer Gesellschaft zusammen 6 1/2 Millionen Mark. Mit einer einfachen Aufhebung des Vertrages würde der Bremer Lloyd wahrscheinlich nicht zufrieden sein; man müßte ihm entgegenkommen, damit seine Verluste etwas ausgeglichen würden.

Vielleicht könnte man die Linie nach Samoa eingehen lassen, die sich längst als überflüssig erwiesen hat. Der ganze Transport nach Samoa hatte einen Werth von 107 000 Mark. Die Kosten waren jedenfalls um 100 Prozent höher.

Staatssekretär v. Bötticher: Wenn auch nicht alle Hoffnungen erfüllt sind, welche man auf die Postdampfer-Verbindungen setzte, so ist doch mehr erreicht, als der Redner darzustellen beliebt. Die Ausfuhr deutscher Waaren hat sich erheblich gesteigert. Die Verhältnisse sind im vergangenen Jahre nicht besonders günstig gewesen, deshalb sollte man nicht jetzt gerade ein abfälliges Urtheil abgeben. Der definitive Erfolg der Unterstützung von Dampferverbindungen kann heute noch garnicht überblickt werden. Was es für einen Einfluß auf die Entwicklung des Exports haben wird, wird erst ersehen werden können, wenn die 15 Jahre, für welche die Unterstützung bewilligt ist, abgelaufen sein werden.

Abg. Bamberger (national.): Wir können jetzt noch kein Urtheil über die Maßregel fällen. Es ist allerdings nicht leicht, sich über die Entwicklung des Verkehrs eine richtige Vorstellung zu machen, wenn man nicht Geschäftsberichte des Bremer Lloyd einsehlt. Da dies aber nicht für Jedermann möglich ist, so möchte ich die verbündeten Regierungen bitten, dem nächsten Etat eine Denkschrift über diese Frage beizufügen. Bei der riesigen Entwicklung des europäischen Verkehrs in Ostasien wird es der Geschicklichkeit des Bremer Lloyd wohl gelingen, die deutschen Interessen in Ostasien zu vertreten und zu fördern.

Abg. Richter (Dfr.): Es wird immer auf eine bessere Entwicklung gehofft, so daß man bezüglich der Dampfer-Subventionen und der Kolonialpolitik beinahe sagen könnte: Noch am Grabe pflanzt er die Hoffnung an! Die Entwicklung zeigt sich doch nicht erst in 14 oder 15 Jahren, sondern müßte doch, wenn überhaupt, sich schon jetzt nach 4 1/2 Jahren bemerkbar machen. Die Zahlen ergeben durchwegs keine regelmäßig steigende Entwicklung, sondern ein bedenkliches Schwanken. Es ist bedauerlich, daß wir nicht einmal amtliche Ziffern haben, wie sie Bamberger vor zwei Jahren schon verlangt hat; die Regierung hat aber die Veröffentlichung abgelehnt, weil dadurch die Interessen des Bremer Lloyd geschädigt würden. Der Geschäftsbericht Lloyd enthält auch nicht das Geringste von dem, was uns hier interessiert. Herr Bamberger hat die Sache noch viel zu günstig dargestellt. Er hat die ostafrikanische Linie nicht in Betracht gezogen, welche 900 000 M. Unterstützung fordert, während der ganze Verkehr etwa 820 000 M. werth ist; dafür halten wir dann noch besonders Kriegsschiffe in Ostafrika und debattiren darüber noch ein paar Tage im Reichstage. Die Zuschüsse betragen nach meiner Rechnung 86 pCt. des Wertes der Ausfuhr, für die australische Linie sogar 80 pCt. Das Schiff, welches zwischen Australien und Samoa fährt, hat bei 18 000 Tonnen Laderaum nur 3000 Tonnen Fracht und davon nur 1000 Tonnen für den Verkehr mit Deutschland. Es hieß, die Samoalinie solle eingehen. Wenn das geschieht, dann darf das Geld auf keinen Fall verwendet werden für die bessere Ausstattung einer anderen Linie.

Abg. Samhammer (Dfr.): Auf das Herzogthum Sachsen-Meinungen fallen von der Subvention etwa 3 000 M. Kein Land würde eine solche Summe auf fünfzehn Jahre bewilligen, namentlich wenn näher liegende Zwecke noch zu erfüllen sind.

Abg. Bamberger (Dfr.): Die Thatsachen beweisen, daß meine Warnungen vor übertriebenen Hoffnungen berechtigt waren; ich werde, wenn wieder solche Bewilligungen beantragt werden, an diese Erfahrungen erinnern.

Abg. Bammacher: Allerdings sind die Frachtmengen auf den Postdampfern immer etwas schwankend gewesen; aber im allgemeinen hat sich doch eine steigende Tendenz bemerkbar gemacht. Die Verluste des norddeutschen Lloyd rühren auch hauptsächlich von den hohen Kohlenpreisen her.

Abg. Richter: Das ist richtig, ich weiß, daß der norddeutsche Lloyd schon amerikanische Kohlen kaufen wollte. Herr Bammacher sollte seine Aufregungen mit den unsren vereinen, um alles zu beseitigen, was die Einfuhr ausländischer Kohlen hindert.

Auf eine Bemerkung des Abg. Bammacher, daß er auf die Bestimmung der Kohlenpreise keinen Einfluß habe, erklärt Abg. Richter, daß er nur an die Kohlenausnahmetarife gedacht habe.

Der Titel wird darauf bewilligt.

Bei den Kosten der Maßregeln gegen die Reblaus-Krankheit 5000 M. weiß

Abg. Buhl darauf hin, daß bei der Einfuhr von eingestampften Weintrauben in Fässern vielfach alte Reben mit darauf haftender Erde als Unterlage für die Fässer benutzt werden. Dadurch sei die Einschleppung der Reblausgefahr vermehrt, Redner bittet deshalb, die Zollbehörden anzuweisen, hiergegen auf das strengste die Vorschriften der Reblauskonvention anzuwenden.

Staatssekretär v. Bötticher hält die Anwendung der Vorschriften der Konvention für selbstverständlich, aber er will die Frage in Erwägung ziehen.

Bei den Ausgaben für die Ueberwachung des Auswanderungswesens fragt

Abg. Bammacher, ob das in Aussicht gestellte Auswanderungsgesetz bald fertig gestellt sein wird. Das Gesetz sei dringend notwendig, aber es darf sich nicht nur beschränken auf die Feststellung der polizeilichen Grundlagen für die Thätigkeit der Auswanderungsagenten, sondern muß auch die Auswanderung unter die Fürsorge des Reichs stellen, um dadurch indirekte Vortheile für das Reich zu erhalten. Die Ansicht, daß die Auswanderung ein soziales Uebel, ein wirtschaftlicher und Kapitalverlust sei, ist hoffentlich von der Regierung längst zu Grabe getragen. In anderen Staaten hat man es verstanden, die Auswanderung staatlich in die Hand zu nehmen. Besonders bedauerlich ist es, daß durch polizeiliche Maßregeln bisher ein großes Gebiet der deutschen Auswanderung verschlossen war, nämlich das Kaiserreich Brasilien. Die deutschen Ansiedlungen in Südbrasilien hätten sich ohne das ungeliebte von der Heydt'sche Restrikt wahrscheinlich sehr viel mehr vergrößert, als es jetzt geschehen ist. Wenn dieses Restrikt aufgehoben wird, dann wird es auch möglich sein, mit Brasilien zum Abschluß eines Handelsvertrages zu gelangen.

Staatssekretär v. Bötticher: Die verbündeten Regierungen sind weder mit einem Auswanderungsgesetz noch mit dem von der Heydt'schen Restrikt befaßt worden. Die Reichsverwaltung hat ein Auswanderungsgesetz ausgearbeitet, welches jetzt der kommissarischen Berathung mit der preussischen Regierung unterliegt. Ich hoffe, daß die Vorlage noch in dieser Session vorgelegt wird, wenn ich auch nicht sagen kann, daß das so früh geschieht, daß die Vorlage auch durchberathen werden kann. Ueber den Inhalt der Vorlage kann ich Ihnen keine Mittheilung machen. Ebensovienig über die Aufhebung des von der Heydt'schen Restrikt, welches ein preussisches ist und von Reichswegen nicht aufgehoben werden kann.

Abg. Lugenß (Z.) spricht die Hoffnung aus, daß das Auswanderungsgesetz auch die Wünsche in Bezug auf die Sittlichkeit berücksichtigen wird, welche mehrfach geltend gemacht worden sind, so vom katholischen Rasackverein, der dem Schutz der Auswanderer dient.

Bei den Ausgaben für die Reichs-Schulkommission beantragt:

Abg. Richter: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, in Ausführung der Bestimmung des Reichsmilitärgesetzes vom 2. Mai 1874 (die Vorschrift lautet: „Ein Gesetz wird die Vorbereitungen regeln, welche zum einjährigen Dienst berechtigten dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen zur Regelung der Vorbereitungen, welche zum einjährig-freiwilligen Dienst berechtigen.“)

Der Antragsteller fährt aus, daß es wohl nicht im Interesse der Militärverwaltung, aber wohl im Interesse des Volkes liege, diese Frage gesetzlich zu regeln. Die Feststellung dieser Frage durch Verordnungen ist ja für die Verwaltung bequemer, aber das Volk hat ein Recht darauf, diese Frage gesetzlich geregelt zu sehen, namentlich da beabsichtigt wird, die Erlangung der Befähigung zum einjährigen Dienst besonders zu erschweren durch Einführung einer besonderen Prüfung. Die Militärverwaltung hat ein Interesse daran, daß zum einjährigen Dienst nur solche jungen Leute kommen, welche eine abgeschlossene Bildung mitbringen. Dann müßte sie dahin streben, daß die sechs-klassigen höheren Lehranstalten besser ausgestattet werden. Aber das eine Prüfung für eine solche abgeschlossene Bildung eine Garantie werden wird, glaube ich nicht, es wird damit nur eine Belastung der Schüler und der Schule herbeigeführt in dem Augenblicke, wo man von der Entlastung der Schüler redet. Die Schulkonferenz hat diese Prüfung angenommen, wie man sagt, obgleich der Antragsteller nur diejenige einer Prüfung unterwerfen wollte, welche die Schule mit Ober-Sekunda verlassen. Eine große Minderheit der Konferenz hat sich gegen die Prüfung ausgesprochen. Durch Verordnungen eine solche Erlangung der Befähigung zum einjährigen Dienst einzuführen ist ungesetzlich. Beim Militär-gesetz ist ausdrücklich festgestellt worden, daß die Regierung ein solches Gesetz schleunigst vorbereiten und nicht vorher eine Aenderung durch Verordnung herbeiführen werde.

Staatssekretär v. Bötticher: Es handelt sich bei der Prüfung nicht um eine Maßregel für den einjährig-freiwilligen Dienst, sondern lediglich um eine schultechnische Frage. Der Prüfung sollen sich alle unterwerfen bei der Veretzung von Untersekunda nach Obersekunda. Die Befähigung zum einjährigen Dienst hängt ab von dem erfolgreichen einjährigen Besuch der Untersekunda; wie das ermittelt wird, ob eine Prüfung stattfindet oder nicht, ist Sache der Schule. Wenn ein Gesetz, wie es der Antrag verlangt, noch nicht erlassen ist, so liegt das an der Verschiedenartigkeit des Schulwesens in den Einzelstaaten. Angesichts der Unänderungen, welche in Preußen bevorstehen, wird man gut thun, mit dem Verlangen nach einem solchen Gesetz noch etwas zu warten.

Abg. Hartmann: Ich bin mit dem Staatssekretär der Meinung, daß wir jetzt vor einer Umgestaltung stehen, deren Ende noch nicht abzusehen ist. Aber das ist für mich kein Grund, gegen den Antrag zu stimmen, der die Erfüllung einer gesetzlichen Vorschrift verlangt. Der Bundesrath wird dann zu erwägen haben, wann die Ausführung des Antrages erfolgen solle.

Abg. Richter: Die Auslegung der Prüfung seitens des Staatssekretärs wird allgemeines Staunen hervorrufen; die Maßregel ist lediglich von der Militärverwaltung angeregt worden. Bemerkenswerth ist, daß auch diejenigen die Prüfung mitmachen müssen, welche nach der Ansicht der Schule die Reife für die Veretzung nach Ober-Sekunda haben. Wenn man die jetzt beabsichtigte Aenderung erst vornehmen lassen will und nachher das Gesetz machen, dann ist für das letztere der Inhalt gegeben, aber das einjährig-freiwillige Wesen müßte eigentlich von Reichswegen erst geordnet und aus Willkür der einzelnen Staaten entzogen werden.

Staatssekretär v. Bötticher: An den Vorschriften über die Befähigung zum einjährig-freiwilligen Dienst wird nichts geändert. Es bleibe dabei, daß ein einjähriger, erfolgreicher Besuch der Untersekunda verlangt wird. Die preussische Reform umfaßt eine Aenderung der gemeinsamen wissenschaftlichen Vorbildung. Das Gesetz über den einjährig-freiwilligen Dienst wird sich nach den bestehenden Unterrichtsverhältnissen richten müssen; es wird die Feststellung der geforderten Bildung immer den Lehrern überlassen müssen.

Abg. Nitzsch (Dfr.): Das eine gesetzliche Regelung erfolgen solle, ist 1874 vom Reichstage und von den verbündeten Regierungen beschlossen worden. Es fragt sich nur, ob jetzt der richtige Zeitpunkt für die Ausführung gekommen ist. 1874 wurde die Reform als möglichst bald bevorstehend angenommen; seit-

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

147. Sitzung vom 14. Januar, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: von Bötticher und Kommissarien.

Die zweite Berathung des Reichshaushalts-Etats wird fortgesetzt bei dem Etat des Reichsamts des Innern und zwar mit dem Kapitel 7a, allgemeine Fonds.

Im Titel 1 werden 48000 M. zur Unterstützung für das germanische Museum in Nürnberg verlangt.

dem wartet man 17 Jahre, so daß also selbst das nonum primum in annam längst übertroffen ist. Für Preußen soll eine neue Ordnung demnächst in Kraft treten; die anderen Staaten werden sich ja wohl dem im Wesentlichen anschließen. Im Anschluß an diese Reform wird man feststellen müssen, wie die Befähigung für den einjährigen Dienst ermittelt werden soll. In der Schulkonferenz hat sich niemand für die Prüfung ausgesprochen, sondern man hat sich nur damit beschäftigt, ob der Unterrichtsstoff nicht so geändert und umgestaltet werden kann, daß mit den 6 Jahren eine gewisse abgeschlossene Bildung erreicht wird für diejenigen, welche nicht die ganze Schule durchmachen wollen. Der Minister v. Gohler hat kurz vor seinem Ausscheiden aus dem Amte in Aussicht gestellt, daß das ganze Berechtigungsverfahren aus der Schulfrage ausscheiden würde; jetzt wird der Schule eine viel schwerere Schädigung zugefügt durch diese nur von militärischer Seite verlangte Prüfung. Die Sache ist allerdings nicht so schlimm geworden, wie man anfangs dachte; die Prüfung soll weiter nicht sein als eine mit gewissen Formen umgebene Versetzungsprüfung; neu ist der Staatskommissar, als welcher aber meist der Direktor fungieren wird. Aber wozu denn noch die ganze Geschichte, wenn sie gar keinen Zweck mehr hat, wenn sie nur in Preußen, aber nicht in den anderen Staaten eingeführt wird. Deshalb ist es notwendig, daß die Befähigung zum einjährig-freiwilligen Dienst durch Gesetz festgesetzt wird; ich bitte Sie deshalb, den Antrag anzunehmen.

Abg. von Bar (Dfr.): Es handelt sich hier um ein Geschenk der Militärverwaltung, welches die Schulverwaltung allerdings schon einigen Abänderungen unterworfen hat. Damit die Schule aber vor solchen weiteren Geschenken bewahrt wird, empfiehlt sich die Annahme des Antrags Richter.

Der Antrag Richter wird darauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und einiger Konservativen angenommen. Darauf wird die weitere Beratung des Staats um 4 1/2 Uhr bis Freitag 1 Uhr vertagt.

Abgeordnetenhaus.

1. Sitzung am 14. Januar.

Am 1 1/2 Uhr eröffnet der erste Vizepräsident der vorigen Session, Abg. v. Hermann, die Sitzung mit der Mitteilung von der Erkrankung des Präsidenten v. Kölller.

Die Verlesung der Mitglieder in die Abteilungen erfolgt nach Schluß der Sitzung.

Weiteres liegt nicht vor. Nächste Sitzung: Freitag 11 Uhr. (Präsidentenwahl und Entgegennahme von Vorlagen der Staatsregierung.)

Korrespondenzen und Parteinachrichten.

In Rutenwalde wurden im vorigen Jahr bei den Stadtverordnetenwahlen zur dritten Klasse drei Sozialdemokraten gewählt. Da keiner derselben Hausbesitzer war, erklärte man ein Mandat, und zwar dasjenige des Genossen Fritz Hellinger, für ungültig. Trotzdem nun unsere Partei bis zur Neuwahl nur eine einzige Verammlung abhielt, errang der neu aufgestellte sozialdemokratische Kandidat, Tischschuhmacher Karl Fleurin, einen glänzenden Sieg. Er bekam 221 Stimmen, während der gegnerische Kandidat deren nur 92 auf sich vereinigte.

Die „Kreuz-Zeitung“ läßt sich aus Straßburg i. G. melden:

Das sozialdemokratische Partei-Organ in Rühlhausen, die „Elf.-Soth. Volks-Zeitung“ hat in der kurzen Zeit seines Lebens nicht nur den Verlag gewechselt, jetzt muß sie auch nach einer neuen Druckerei suchen, da Burgheimer der Prinzipal der ausschließlich für die Zeitung gegründeten „Elf. Volksdruckerei“ Pleite gemacht hat und sein Material zwangsweise versteigert wird. Das Blatt hat der Partei im ersten Jahre schon 16 000 M. gekostet, wobei freilich die Kaution eingerechnet sein soll.

Das Hauptblatt der „Oberen der Nation“ hätte sich bereits aus Nr. 9 des „Vorwärts“ darüber unterrichten können, daß Herr Burgheimer von der Behörde die nachgesuchte Konzession um Anfertigung von Druckarbeiten ohne Grundangabe verweigert und ihm ferner eröffnet worden, daß er als Richtergerant des Blattes auch die „Elf.-Sothringische Zeitung“ nicht weiter drucken dürfe. Deshalb mußte, wie schon in Nr. 9 des „Vorwärts“ mitgeteilt war, das Geschäft des Herrn Burgheimer, der durch jene Maßnahmen der Behörde ruinirt wurde, wie in gleichem Falle jeder andere Geschäftsmann ruinirt werden würde, zwangsweise versteigert werden. Daß die „Kreuz-Zeitung“ darüber gewissermaßen noch ihren Spott treiben kann, ist charakteristisch für die Sache, der sie dient. Uebrigens mag sie sich und ihren Geschwiftern gesagt sein lassen, daß der Sozialdemokratie keine Summe hoch genug sein wird, um in Elf.-Sothringen ein eigenes Organ dauernd herauszugeben. Wir können uns das leisten.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den 1. Hamburger Reichstags-Wahlkreis hatte im vergangenen Jahre eine Einnahme von 18 365,82 M. zu verzeichnen, wovon 10 157,95 M. auf das 4. Quartal entfielen. Die Ausgaben stellten sich auf 14 638,59 M., so daß bei 3041 Mitgliedern ein Ueberschuß von 3727,23 M. verbleibt.

Heber eine Versammlung in Neuensfelde (Hannover) bringen die „Hamb. Nachrichten“ und die „Köln. Ztg.“ eine Notiz, in welcher es heißt: „Die Versuche der Sozialdemokraten, den Fürsten Bismarck wegen seines Nichterscheinens im Reichstage bei seinen Wählern zu diskreditiren, haben noch nicht aufgehört. In einer Versammlung zu Neuensfelde, in welcher der Dr. Diederich Hahn und der Redakteur Fischer vom sozialdemokratischen Hamburger „Echo“ sich stundenlang bekämpften, erhob Fischer wieder die bekannten Vorwürfe gegen den Fürsten. Dr. Hahn machte demgegenüber durch Ausforderung zum Hoch auf den Fürsten Bismarck die Stichprobe auf die Gesinnung (1) der aus nahezu 400 Personen bestehenden Versammlung, die dahin ausfiel, daß alle Anwesenden bis auf etwa 20 in die Hochrufe auf Bismarck einstimmten.“ Demgegenüber erklärt das „Hamburger Echo“, daß die Sozialdemokraten nicht den Versuch machten, den Fürsten Bismarck bei seinen Wählern zu diskreditiren, sondern daß die erwähnte Versammlung von dem Buntehuder Verein zur Bekämpfung der Sozialdemokratie einberufen worden war und auf der Tagesordnung „Landwirtschaft und Sozialdemokratie“ stand. Nur um hierbei den Standpunkt der Sozialdemokratie zu vertreten, beteiligten sich die Sozialdemokraten an der Versammlung, bei der Fürst Bismarck allerdings von Dr. Hahn gewaltsam mit in die Diskussion hineingezerrt wurde. Der sozialdemokratische Redner hat nur mit wenigen Worten des Fürsten Bismarck erwähnt, soweit das unumgänglich notwendig war. Den tobtten Mann zu bekämpfen, dazu lag keine Veranlassung vor, wohl aber scheint Dr. Hahn das Bedürfnis zu fühlen, für sich und seinen Schilling die Reklametrommel zu rühren, indem er sich in „Hochs“ auf den Letzteren erschöpft und von diesem unschuldbigen Vergnügen der faunenden Witwe telegraphische Kunde giebt, welches kindliche Vergnügen ihm von Herzen gegönnt sein soll; er wird die Sozialdemokratie nicht hindern, inwieweit die denkenden Köpfe zu revolutioniren, er mag es mit den Hohlköpfen versuchen.“

Die sozialistische Bewegung in den galizischen Städten hat in den letzten Jahren großen Aufschwung genommen: in Lemberg macht der sozialistische Arbeiterverein Sila (Die Kraft), der über 1000 Mitglieder zählt, den katholischen und jüdischen Arbeitervereinen so erfolgreich Konkurrenz, daß diese bald nur noch ein Schein-dasein fristen dürften. Auffallend ist, daß der Sozialismus im jüdischen, jeder revolutionären Neigung und Tradition baren Proletariate rasche Fortschritte macht. Der Verein Sila zählt über 200 jüdische Mitglieder, für welche eigene Diskussionsabende eingeführt sind. Ähnlich wie in London und New-York wird demnächst auch in Lemberg ein speziell für die national-jüdischen Proletarier bestimmtes Organ in deutscher Sprache, aber hebräischen Lettern, unter dem Titel „Goemeth“ (Die Wahrheit), herausgegeben werden.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Die Revision, welche der Redakteur Feldmann vom „Proletarier“ gegen das in Sachen des 1844er Weberliedes gegen ihn ergangene Urtheil eingelegt hatte, ist verworfen worden. Das Revisionsgericht erkannte u. A. keinen Rechtsirrtum in der thatsächlichen Feststellung der Vorderinstanz, daß jenes Lied zwei verschiedene Bevölkerungsklassen, nämlich die Armen gegen die Reichen, zur gewaltsamen Verwirklichung des Nachgedankens anreizt, welcher darauf gerichtet sei, Geld und Gut der Reichen zu zerstören und daß diese Anreizung auch geeignet wäre, den öffentlichen Frieden zu gefährden, da die Möglichkeit vorliege, daß der Zustand der Ruhe der Staatsangehörigen sich in einen Zustand der Unruhe und Besorgniß verwandle und endlich, daß der Angeklagte auch das volle Bewußtsein gehabt habe, daß die Veröffentlichung des Gedichtes geeignet gewesen sei, eine den öffentlichen Frieden gefährdende Stimmung zu erzeugen.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Oeffentliche Sitzung vom Donnerstag, 14. Januar, Nachmittags 5 Uhr.

Vor der Sitzung findet die Konstituierung der Abteilungen und die Wahl der Ausschüsse durch dieselben statt. Diese Geschäfte beanspruchen über eine Stunde, so daß die öffentliche Sitzung erst nach 6 1/2 Uhr beginnt.

Stadtrath Sarre legt aus Gesundheitsrücksichten sein Amt nieder. Die Vorlage, betr. die Veräußerung eines eingegangenen Theiles der Torfstraße, wird einem Ausschuß von 10 Mitgliedern überwiesen.

Der Magistrat hat der Versammlung das von der Bau- und Baudeputation gemeinschaftlich aufgestellte Projekt für die Regulierung des Platzes überreicht und ersucht die Versammlung um ihre Zustimmung zu demselben. Dem Verlangen des Polizeipräsidenten, direkte Fahrstraßen quer über den Platz zu legen, glaubt der Magistrat nicht nachkommen zu sollen, da die Nothwendigkeit im verkehrspolizeilichen Interesse nicht nachgewiesen sei, auch dem Polizeipräsidenten das Recht bestritten werden müsse, nachträglich eine Aenderung des genehmigten Berliner Bebauungsplans in dieser Richtung zu verlangen.

Ohne Debatte stimmt die Versammlung dem Magistratsantrage zu.

Die Vorlagen, betreffend die Erwerbung von Straßenland von dem Grundstück Münzstr. 16 zum Preise von 600 M. pro Quadratmeter und von den Grundstücken Wallstr. 96 und 97 zum Preise von 285 M. pro Quadratmeter beantragt Stadtr. Singer einen Ausschuss von zehn Personen zu überweisen. Stadtr. Sabor (Soz.) beantragte den Preis von 600 M. als viel zu hoch; eine solche Summe für Straßenland zu zahlen, sei einfach eine Vergeudung öffentlicher Mittel. Aus diesem Grunde und um in Zukunft strengere Kontrolle auf diesem Gebiete walten zu lassen, sei Ausschussberatung nothwendig.

Der Antrag Singer wird angenommen. Auf den Antrag der Versammlung betr. die Verbreiterung des Fahrdammes in der Potsdamerstraße hat der Magistrat eine ablehnende Antwort ertheilt.

Stadtr. Vortmann beantragt diese Stellungnahme des Magistrats, da die Verbreiterung unumgänglich nothwendig sei und nach 10 oder 12 Jahren unverhältnismäßig höhere Kosten machen werde. Die Versammlung müsse die Sache trotz der Ablehnung des Magistrats weiter verfolgen. Die schönen alten Bäume der Straße, die übrigens zwischen Potsdamer Thor und Potsdamerstraße schon sehr wackelig geworden seien, müßten doch einmal dem so sehr gefährdeten Limbange des Verkehrs weichen. Die Ablehnung des Verkehrs in Nebenstraßen werde nicht gelingen; man brauche ja nur an die Erfahrungen mit der Zimmer- und Kaiser Wilhelmstraße zu erinnern.

Eine Resolution Vortmann, die sich in diesem Sinne ausdrückt, wird angenommen.

Die Stadtr. Singer und Genossen haben beantragt, den Magistrat zu ersuchen, in Gemäßheit des § 105 b Abs. 2 der Gewerbe-Ordnung den Entwurf eines Ortsstatuts vorzulegen, durch welches in Berlin von dem Zeitpunkt an, an welchem die Bestimmungen des § 105 b in Kraft treten,

1. die Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern im Handelsgewerbe an Sonn- und Festtagen in Bank- und Engros-geschäften ganz untersagt wird, und
2. die Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern im Handelsgewerbe an Sonn- und Festtagen in Detailgeschäften und sonstigen Verkaufsstellen auf 3 Stunden eingeschränkt wird, mit der Maßgabe, daß die Beschäftigung Vormittags um 10 Uhr beendet sein muß.

Die Gewerbe-Deputation hat mit 20 gegen 1 Stimme beschlossen, von der nach § 105 b Abs. 2 der Gewerbe-Ordnung zustehenden Berechtigung die Beschäftigung im Handelsgewerbe über die gesetzlichen Vorschriften hinaus durch Ortsstatut weiter einzuschränken, keinen Gebrauch zu machen. Der Magistrat ist diesem Beschlusse beigetreten.

Stadtr. Spinola beantragt die Vertagung dieser wichtigen Materie, um sich möglichst gründliche Information zu verschaffen.

Stadtr. Singer stimmt der Vertagung zu, welche darauf beschlossen wird.

Nach Erledigung einiger kleinerer Vorlagen schließt die Sitzung um 7 1/2 Uhr.

Lokales.

Die Arbeiter-Verschule feiert am Sonnabend ihr Stichtagsfest. Wir brauchen wohl nicht besonders darauf aufmerksam zu machen, daß wir es für die Pflicht eines Jeden, der sich für den Fortbestand des Instituts interessiert, halten, an der Festlichkeit Theil zu nehmen. Ferner erwähnen wir, daß der Unterricht am Sonnabend und Sonntag in allen Schulen ausfällt.

Das Verfahren gegen den Bankier Eduard Naach in Charlottenburg ist, wie das „Kleine Journal“ hört, auf den ersten Anstellten seines Geschäfts, welcher Vollmacht besaß und zwölf Jahre im Geschäft thätig war, ausgebeutet worden. — Bis jetzt sind etwa 95 Zeugen vernommen worden, doch sind die Zeugniserhebungen noch nicht beendet, so daß die Zahl der Zeugen sich auf mehr als 100 belaufen dürfte.

Der Regierungsdassessor Rohde, welcher verhaftet und wieder entlassen worden war, ist in Köln wieder verhaftet worden. Seine Entlassung hier durch den Richter ist nicht erfolgt, weil sich seine Unschuld ergeben hatte, sondern weil die zum Zwecke der Vernehmung erforderlichen Akten nicht rechtzeitig eingegangen waren.

In Angelegenheit des Mordes der Hedwig Ritsche wird halbamtlich folgende Mittheilung gemacht: Am 13. September v. J. ist in einem Chausseegraben unweit der Kolonie Neu-Gersdorf im Kreise Bunsau an der neunjährigen Tochter des Schuhmachers Kluge zu Giesdorf ein Verbrechen wider die Sittlichkeit verübt worden. Der Thäter, welcher von Schirne kommend in dem Gasthause zu Neu-Gersdorf eingekerkert war, dort das Mädchen gesehen hatte und ihm gefolgt war, wird wie folgt beschrieben: Starke Figur, etwa 1,60 Meter groß, schwacher blonder Schnurbart, volles, blondes halblanges Haar. Er sprach Berliner Dialekt und war bekleidet mit grauem Jaquetanzug, grauem Hut und brauner Jagdweste, in der Hand trug er ein geschulertes Padet, in welchem sich angeblich Apparate zu Jauberstellungen befanden, und an einem schwarzen Riemen eine kleine Tasche. Die Beschreibung des Verbrechens stimmt mit derjenigen, welche von dem Mörder der Hedwig Ritsche gegeben wird, überein. In dem Gasthause zu Neu-Gersdorf hat der Unbekannte Kartenkunststücke gemacht, einen Tisch mit den Zähnen emporgehoben und gefragt, wo er Vorstellungen geben könne. Dem Gastwirth hat er erzählt, daß sein Vater eine große Gastwirthschaft in Berlin habe und daß seine beiden Brüder als Artisten umherreisen.

Einen Selbstmordversuch in der Badestelle des in der Friedrichstraße belegenen Admiralsgartenbades unternahm gestern Nachmittag gegen 3 Uhr der in der Kalfschneustrasse wohnhafte, schon in höheren Semestern stehende 24-jährige Student der Medizin Kraaz. Derselbe schnitt sich mittels Rasirmessers die Pulsadern der linken Hand und an beiden Füßen auf, wurde jedoch von einem Badewärter, der den K. seines auffallenden Wesens wegen ständig beobachtet hatte, an weiteren Versuchen gehindert. Nachdem der die Aussicht führende Badearzt dem Lebensmüden einen Nothverband angelegt hatte, wurde derselbe auf Veranlassung des 3. Polizeireviers, das von dem Vorfall in Kenntniß gesetzt, nach der Charité gebracht. Da K. bei seinem Selbstmordversuche einen starken Blutverlust erlitten hatte, so ist sein Zustand nach Aussage der dortigen Aerzte sehr bedenklich.

Polizeibericht. Am 13. d. M. Nachmittags wurde in einer Bade-Anstalt ein Student mit bedeutenden Verletzungen der Pulsadern am Arm und Fuß, die er sich selbst beigebracht hatte, in der Badestelle besinnungslos aufgefunden und nach der Charité gebracht. — Im Laufe des Tages fanden vier kleine Brände statt.

Gerichts-Beitrag.

Vor dem Ehrengerichtshof in Leipzig stand vorgestern Termin gegen die Anwälte Dr. Gohmann und Dr. Ballien wegen ihres Verhaltens in dem Dringlichen Wordprozeß an. Von dem Ehrenrath der Berliner Anwaltskammer hatte Dr. Gohmann dieserhalb in der Sitzung am 29. Oktober v. J. einen Verweis erbalten und war zu 500 M. Geldstrafe verurtheilt worden. Dr. Ballien erhielt nur einen Verweis. Gegen das Urtheil des Ehrenraths haben sowohl die beiden angeschuldigten Rechtsanwält, als auch die Oberstaatsanwaltschaft als Vertreterin der Anklagebehörde Berufung an den Ehrengerichtshof in Leipzig eingelegt. Dr. Gohmann will durch dieses Rechtsmittel ein milderes Urtheil, Dr. Ballien seine gänzliche Freisprechung erzielen. Die Oberstaatsanwaltschaft hebt in der Begründung ihrer Berufung hervor, daß sie die Rath-ertheilung an die Angeklagten, ihre Aussage zu verweigern, für unzulässig und mit den Pflichten eines Anwalts nicht vereinbar halten könne, weil diese Maßregel die Ermittlung der Wahrheit erschwere, ja sie sogar verhindern könne. In der Ermittlung der Wahrheit habe aber der Verteidiger ebenfalls mitzuwirken. Die Strafprozessordnung lege auf die verantwortliche Vernehmung des Angeklagten so großes Gewicht, daß ohne dessen Einverständnis die Hauptverhandlung über ein Verbrechen nicht geführt werden darf. Das Schweigen des Angeklagten bei seiner verantwortlichen Vernehmung komme nun dessen Abwesenheit gleich. Wenn der Angeklagte auch das Recht habe, zu schweigen, so sei doch eine andere Frage, ob ihm der Verteidiger zum Schweigen rathen dürfe. Diese Frage sei im Allgemeinen zu verneinen, höchstens dürfe man einem verirrten Angeklagten zum Schweigen rathen. Im vorliegenden Falle sei die Rath-ertheilung zum Schweigen gefehrig gewesen. Als weiterer Grund zur Berufung gegen das ehrenrätliche Erkenntniß wird von der Oberstaatsanwaltschaft noch die Bitte des Dr. Ballien an den Vorlegenden Dr. Nied, auch die Entlastungsmomente genügend zu betonen, und die Bitte des Dr. Gohmann, Licht und Schatten gleichmäßig zu vertheilen, angeführt, da „in diesen Bitten“ der Vorwurf der Parteilichkeit für den Präsidenten enthalten sei. Die übrigen beiden Punkte, in denen bereits der Ehrenrath eine Klärung ausgesprochen hat, werden in der Berufungsschrift des Oberstaatsanwalts nicht berührt. Von den beiden angeschuldigten Rechtsanwält sind gleichfalls Begründungen im entgegengeetzten Sinne eingereicht worden. Der Ehrengerichtshof wird gebildet aus dem Präsidenten des Reichsgerichts von Dethschlagger, den Reichsgerichtsräthen Schmalz, Oldhausen und Feldmann, sowie den Rechtsanwält beim Reichsgericht Justizräthen Bohn und Thomsen und Rechtsanwalt Dewald. Die Anklage vertritt Rechtsanwalt Treplin. Die Angeklagten Dr. Ballien und Dr. Gohmann sind persönlich erschienen. Dr. Gohmann wird vom Rechtsanwalt Klöppel verteidigt, Dr. Ballien verteidigt sich ebenso wie vor dem Ehrenrath der Anwaltskammer in eigener Person. Als Zeugen fungiren die Herren Landgerichtsdirektor Nied, Staatsanwalt Unger und der Geschworene im Heine-Prozeß Bizekonul Oppenfeld. Während in Berlin den Verhandlungen vor dem Ehrenrathe mehr als 200 Rechtsanwält beimohnten, finden die Verhandlungen vor dem hiesigen Ehrengerichtshof in nicht öffentlicher Sitzung statt. Nur der Berliner Rechtsanwalt Dienstag darf auf einen Kollegialbescheid hin im Sitzungslokal Platz nehmen. Die Verhandlung wird vom Reichsgerichtspräsidenten v. Dethschlagger eröffnet. Als Referent trägt darauf Reichsgerichtsrath Oldhausen die drei Berufungsschriften und ihre Begründungen vor. Die Angeklagten wurden bei jedem Punkte der Berufungsschrift gehört und so begann erst gegen Mittag das Zeugenverhör. Am schärfsten sprach sich Staatsanwalt Unger aus, der das Verhalten der Verteidiger provokatorisch nannte. Kechnlich äußerte sich der Landgerichtsdirektor Nied. Konul Oppenfeld beandete, eigentlich nichts Außordentliches in dem Verhalten der Verteidiger gefunden zu haben. Rechtsanwalt Treplin hielt in seinem Plaidoyer die beiden Angeklagten für schuldig und beantragte Aufschluß aus dem Anwaltsstande, bzw. eine bedeutende Verschärfung des Strafmaßes. Rechtsanwalt Klöppel plädiert für seinen Klienten Dr. Gohmann um mildere Strafe. Er gab das Ungefährliche des Aktenabholens aus der Wohnung des Vorlegenden zu, da die vom Gesch vorgesehene Genehmigung des Vorlegenden geschickt hatte, stellte aber das Sektirinken, den fortdialen Verkehr mit den Angeklagten in milderem Lichte dar. Längere Zeit nahmen die Ausführungen des Verteidigers zur Frage der Rath-ertheilung an die Angeklagten, bei der veranwortlichen Vernehmung zu schweigen, in Anspruch. Insbesondere bestritt Rechtsanwalt Klöppel, daß sein Klient dem Vorlegenden den Vorwurf der Parteilichkeit gemacht habe. Rechtsanwalt Ballien bittet um Freisprechung; er bestritt ebenfalls, daß er dem Vorlegenden den Vorwurf der Parteilichkeit mit seiner Bitte,

die entlassenden Momente auch genügend hervorzuheben, habe machen wollen. Er sei an der Herbeischaffung des Sekts unschuldig. Auch sein Verfehr mit den Angeklagten habe sich in den sonst üblichen Grenzen gehalten. Die Plaidoyers waren erst um sechs Uhr Abends beendet. Abends hielt der Gerichtshof eine mehr als zweistündige Beratung. Erst nach 8 Uhr Abends verkündete Präsident v. Oehlischläger das Urtheil. Der Gerichtshof habe eine Verurteilung eintreten lassen und die Geldstrafen bei beiden Angeklagten um 500 M. erhöht. Rechtsanwalt Gohmann sei deshalb mit einem Verweis und 1000 M. Geldbuße, Rechtsanwalt Balken mit einem Verweis und 500 M. Geldstrafe zu bestrafen. Für die Strafverschärfung sei der Umstand maßgebend gewesen, daß der Ehrengerichtshof zur Ueberzeugung gelangt sei, dem Vorsitzenden des Ehrengerichtshofs sei hauptsächlich von den Verteidigern der Vorwurf der Parteilichkeit gemacht worden. Dazu komme das Selbstrinken, der lordiale Verfehr mit den Angeklagten, bei Dr. Gohmann das Aktienabholen. Die Frage, ob der Verteidiger berechtigt ist, dem Angeklagten zu raten, sei seiner verantwortlichen Vernehmung zu schweigen, wurde prinzipiell nicht entschieden. Der Gerichtshof sprach die Angeklagten im vorliegenden Falle von einer Schuld in dieser Beziehung frei.

Auf Meinel und Untere lautete die Anklage, welche gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts I gegen den Schlichtermeister Friedrich Carl Red verhandelt wurde. Es wurde durch die Beweisaufnahme folgender Sachverhalt festgestellt: Der Restaurateur Sch. hatte im Sommer 1889 eine erhebliche Summe an der Börse verloren und war dadurch in Geldverlegenheit gerathen. Er hatte an den ihm befreundeten Angeklagten eine Wechselforderung von 1500 Mark, die aber erst nach zwei Monaten fällig war. Zunächst ließ Sch. durch seine Ehefrau bei deren Verwandten in der Provinz den Versuch machen, Geld zu schaffen. Die Reise der Frau Sch. hatte Erfolg, sie kam mit 3000 Mark nach Berlin zurück. Sie übergab das Geld aber nicht ihrem Manne, sondern brachte es dem Angeklagten, da sie befürchtete, daß der Erstere das Geld verschleiern würde. Sie will das Geld dem Angeklagten nur in Verwahrung und nicht wie dieser behauptet, als Darlehen gegeben haben. Ihrem Manne sagte sie, daß ihre Bemühungen bei ihren Verwandten keinen Erfolg gehabt. Sch. mußte sich nun an den Angeklagten wenden mit der Bitte, wenn möglich den Wechsel von 1500 M. schon früher zu zahlen. Wider Erwarten öffnete der Angeklagte ohne Weiteres seinen Geldschrank und beglich den Wechsel, der etwa 14 Tage vorher hatte prolongirt werden müssen, weil Red keine Mittel zum Einlösen hatte. Es wird angenommen, daß der in Vermögensverfall gerathene Angeklagte, das ihm von Frau Sch. anvertraute Geld angegriffen hat, um damit die Schuld an ihren Ehemann zu bezahlen. Für diese Annahme spricht ferner der Umstand, daß der Angeklagte später der Frau Sch. einen Schuldschein ausgestellt hat, als er aber auf dem Prozeßwege zur Zahlung angehalten wurde, fiel die Exekution fruchtlos aus. Zwischen dem Sch. und der Angeklagten in Betreff der 3000 M. verkommen wurde. Er beschwor, daß er den Wechsel aus eigenen Mitteln bezahlt habe. Dieser Eid soll ein wesentlich falscher sein. Die Untere wird darin gefunden, daß der Angeklagte über einen Wechsel, der ihm vom Schornsteinfegermeister Th. anvertraut war, widerrechtlich verfügt hat. In diesem Punkte war der Angeklagte geschuldig, den Meinel befreit er. Während der Staatsanwalt den Angeklagten nach beiden Richtungen hin für überführt erachtete, führte der Verteidiger, Rechtsanwalt Jers, aus, daß event. nur ein schuldiger Meinel vorliege. Der Spruch der Geschworenen lautete im Sinne der Verteidigung, worauf der Angeklagte wegen fahrlässigen Meineids und wegen Untreue zu einer Gesamtfürsorge von einem Jahre drei Monaten Gefängnis und jährlichem Ehrverlust verurtheilt wurde bei sofortiger Verhaftung.

Einen komischen Beigeschmack hatte eine Verhandlung, welche gestern vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I stattfand. Auf der Anklagebank befanden sich die Rätherin Ida Sens, deren Schwester, die Kellnerin Marie Sens, und der Zigarrenhändler Spreit. Dieselben sollten sich der gemeinschaftlichen versuchten Erpressung schuldig gemacht haben. Am 20. Mai d. J., dem vierten Pfingsttage, unternahmen die beiden Mädchen in Gemeinschaft zweier Bekannten, der Glaschleifer Winter und Raschdorf, einen Ausflug nach dem Grunewald. Sie benutzten die Bahn bis Halensee. Als die kleine Gesellschaft den Grunewald erreicht hatte, verließ Raschdorf auf einen Scherz, der verhängnisvolle Folgen nach sich ziehen sollte. Er war im Besitze von sieben Goldstücken. Unbemertt warf er eines derselben auf den Erdboden, hob es mit gut gespielter freudiger Ueberzeugung wieder auf und rief: Hurrah! Ja habe ein Zwanzigmarksstück gefunden! Hier liegt noch eins und noch eins und noch eins. Dabei kniete er auf der Erde und sammelte ununterbrochen Goldstücke auf, die er immer wieder fallen ließ. Die Mädchen staunten, Raschdorf's Freund ging aber auf den Scherz ein. Er stieß mit einem Fuß gegen einen hohen Baum, ließ gleichzeitig ein Zwanzigmarksstück fallen und behauptete, es sei aus dem Baum gefallen. Die Mädchen wußten sich vor Ueberzeugung kaum zu fassen; auch sie suchten, es war ihnen aber nicht vergönnt, ein Goldstück zu finden. Die jungen Leute setzten den Scherz fort, sie erzählten auch in einer Restauration von ihrem angeblichen Funde. In den folgenden Tagen war das Gerücht von kolossalen Schätzen, die frei und offen umherliegen sollten und von solchen, wonit hohle Bäume gefüllt seien, ein allgemeines. Die meisten Besucher des Grunewalds gingen mit gefüllten Köpfen und mancher unschuldige hohle Baum erhielt einen Trift. Nach dem Centarm Müller kam das Gerücht zu Ohren. Er erlittete darüber Bericht beim Amtsvorsteher im Forsthaus Grunewald, dieser machte der Polizeibehörde in Spandau Mitteilung, von hier ging die Anzeige an das Polizeipräsidium zu Berlin und an die Staatsanwaltschaft. Nach den glücklichen Schatzgräbern wurde recherchirt. Der Auszug der jungen Leute hatte übrigens ein unharmloses Ende genommen. Als die Gesellschaft gegen Abend ein Gartenrestaurant besuchte und die jungen Männer für ihre Begleiterinnen je eine belegte Stulle bestellten, gaben die Letzteren ihrer Ansicht über diese „Gartenschickerei“ unverhüllt Ausdruck. Wenn man ein solches Glas gehabt, wie die beiden Goldfinder, so lasse man doch wenigstens ein warmes Abendbrot kommen. So weit wollten die beiden jungen Leute den Scherz nun doch nicht treiben, sie verhielten sich ablehnend. Erzürnt erhoben sich die Mädchen, ließen ihre Begleiter sammt den Stullen im Saal und führten allein nach Hause. Am folgenden Tage erhielt der Glaschleifer Winter von dem Zigarrenhändler Spreit ein Schreiben, worin dieser sich als Beauftragter der beiden Schwestern Sens bezeichnete und für dieselben je 100 M. forderte, widrigenfalls gegen die beiden Goldfinder Anzeige wegen Fundunterschlagung erstattet werden würde. Die so Bedrohten ließen sich noch immer nicht herbei, die Sache aufzuklären, andere Personen wurden mit hinein gezogen und zuletzt kam es zu Eingangs erwähneter Anklage. Die Angeklagten behaupteten, daß sie den beiden Zeugen Winter und Raschdorf nur eine Falle hätten stellen wollen. Wenn die Letzteren ein schriftliches Zeugenthum von dem Funde gegeben haben würden, sollten sie wegen Fundunterschlagung angezeigt werden. Der Staatsanwalt glaubte hieran nicht, er beantragte gegen die beiden Schwestern Sens eine Woche, gegen den Angeklagten Spreit zehn Tage Gefängnis. Der Verteidiger der Schwestern Sens, Rechtsanwalt Gottlieb, erzielte für diese ein freisprechendes Urtheil, indem er ausführte, daß dieselben keine Ahnung von der Strafbarkeit ihrer Handlungsweise gehabt, was der Gerichtshof auch zu ihren Gunsten annahm. Spreit wurde zu einer Woche Gefängnis verurtheilt.

Buchdrucker-Bewegung.

Die allgemeine Buchdrucker-Versammlung mit Hilfsarbeitern und Arbeiterinnen fand gestern Abend bei wiederum voll besetztem Saale auf dem Boel statt behufs Entgegennahme des Situationsberichtes. Das Wort nahm zunächst Herr Philipp Schmitt. Derselbe gab bekannt, daß am Sonntag in Leipzig eine Besprechung der Vertreter der Gehilfen von München, Stuttgart, Berlin, Leipzig, Halle und Dresden stattgefunden hat behufs Feststellung der Situation. Herr Schmitt gab dorfselbst wie auch hier bekannt, daß die Lage in Berlin sich zu Ungunsten der Streikenden verändert habe, indem Viele abgefallen seien und der Zugang ein ganz bedeutender war. Die Berichte von Leipzig, Dresden, München zc. lauteten ebenso ungünstig. Am besten steht Stuttgart da, woselbst nur 3 Abfälle zu verzeichnen sind. Die Gehilfenvertreter sahen sich veranlaßt, unter den gegebenen Verhältnissen noch einmal an die Prinzipale heranzutreten. So hat in Leipzig eine Konferenz von Prinzipal- und Gehilfenvertretern stattgefunden. Die neunstündige Arbeitszeit wurde seitens der Prinzipale rundweg abgelehnt, ebenso die Forderung einer 1/2-stündigen Arbeitszeit mit den entsprechenden Sozialzuschlägen. Gefordert wurde seitens der Prinzipale die Beendigung des Streiks und das Festhalten an der Tarifgemeinschaft. Letztere Forderung wurde seitens der Gehilfenvertreter abgelehnt, die Entscheidung über die erste Forderung den Gehilfen der einzelnen Städte überlassen. Demnach ist die Besprechung erfolglos geblieben. Unter den gegebenen Verhältnissen und den Maßnahmen gegen die Gehilfen und unter Berücksichtigung der beschränkten Mittel, welche bereits 177 Kollegen veranlaßt haben, fahnenflüchtig zu werden, sah sich Redner veranlaßt, namens der Kommission die Beendigung des Streiks für jetzt zu erklären, um nicht die prinzipientreuen Kämpfer noch mehr zu schädigen. An dem Neunstundentage werde unentwegt festgehalten und später errungen werden, der Unterstützungverein werde nicht fallen gelassen und im Geiste der modernen Arbeiterbewegung aufgetaucht, die Buchdrucker echte und treue Sozialdemokraten werden. Die Aufforderung, den Streik zu beendigen, begegne lebhaftem Widerstande in der Versammlung, welchem eine Reihe von Rednern Ausdruck gaben. Herr Böllin schloß sich den Ausführungen Schmitt's an, gleichfalls betonend, daß mit Beendigung des Streiks der bisherige Tarif wieder in Kraft trete. Gegen die im Bunde mit den Prinzipalen kämpfenden Gewalten lasse sich nicht länger ankämpfen. Die Buchdrucker würden ehrenvoll aus diesem Kampfe, in welchem die Prinzipale nicht Sieger seien, hervorgehen. Der Opfermuth der Arbeiterschaft dürfe nicht länger zu eklos in Anspruch genommen werden. Nach einer längeren Debatte, in welcher ein lebhafter Meinungsaustausch stattfand und das „Für“ und „Wider“ reichlich erzwogen, auch mitgeteilt wurde, daß gleichzeitig in allen großen Städten die Kollegen über die gleiche Frage verhandeln mit dem voraussichtlichen Ergebnisse, den Streik für beendet zu erklären, gelangte mit erdrückender Majorität folgende Resolution zur Annahme:

„In Rücksicht auf den großen Zugang von 80' Streikbrechern von außerhalb und dem Abfall von ca. 300 hiesigen ehemaligen Kollegen, wodurch der Streik ausichtslos geworden ist, beschließt die Versammlung, den Streik für beendet zu erklären. Die Versammelten verpflichten sich aber, auch ferner fest und treu zum Gewerksverein, der für die Folge ein Kampfbündnis werden muß, zu stehen und im Anbetracht an die moderne Arbeiterbewegung mit den sozialdemokratischen Arbeitern an Schulter an Schulter um die Vertiefung der Arbeitszeit zu kämpfen.“

Leipzig, den 14. Januar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Buchdrucker-Versammlung in den „Drei Mühlen“ beschloß nach großer Debatte die Aufhebung des Streiks und beauftragte die Tarifkommission, Schritte zur Wiederaufnahme der Arbeit einzuleiten.

Soziale Uebersicht.

„Der Gastwirthsgehilfe“, das in Berlin erscheinende Organ zur Wahrung und Förderung der Interessen der Angestellten im Gastwirthsgewerbe Deutschlands, ist seit Neujahr für die Mitglieder des „Bereins der Gastr- und Schankwirths Berlins und Umgegend“ obligatorisch eingeführt.

Die Brauergeliffen hatten sich bis vor Kurzem an der modernen Arbeiterbewegung nicht in der Weise betheiligigt, wie sie es wohl thun müßten. Das änderte sich zunächst bei den Schlichtern und gleichwie bei ihnen regt es sich jetzt auch tüchtig bei den Brauereien. Auch sie haben sich unserer Bewegung angeschlossen und sind erkenntlich thätig für dieselben. Sie haben sich auch bereits ein Organ geschaffen, die „Deutsche Brauer-Zeitung“ in Hannover, welche nicht nur die Interessen der Brauergeliffen, sondern auch die der Arbeiter im Allgemeinen vertritt. Das Blatt theilt über den Brauerstreik in Nürnberg eine interessante Thatsache mit: Ein dortiger Braumeister — Braumeister ist nicht Brauereibesitzer, bildet sich aber ein, auch nicht Gehilfe zu sein — eilte, als der Ausstand begann nach einer Kaserne und hier bot er, so berichtet das Hauptblatt, „einen Hauptmann, ihm doch Soldaten zur Verfügung zu stellen, weil seine Brute streifen.“ Aber der Herr Hauptmann war anderer Ansicht, indem er ihm die sehr richtige Antwort zu Theil werden ließ, daß er keine Brute zum Ausbeuten für 16—18 Stunden habe, er solle nur demüthigen. Der Herr Braumeister berief sich auf die Buchdrucker, aber er mußte ruhig weiter ziehen.

Alle Achtung vor diesem bayerischen Hauptmann, — wären wir doch in Preußen und den übrigen Vaterländern auch soweit!

Und Wittenberge wird uns berichtet, daß mehrere in der Hauptwerkstatt der Berlin-Hamburger Eisenbahn beschäftigt gewesene Arbeiter kurz nach den Feiertagen gleichfalls gekündigt worden sind. Da der Arbeiter nach dem Weihnachtseste gewöhnlich noch unbedeutender ist als sonst, und die jetzt eintretende Strenge des Winters die Ausgaben für den Lebensunterhalt ganz bedeutend steigert, sind die gekündigten Arbeiter besonders schlimm daran. Wir können dem gegenüber nur immer wieder darauf hinweisen, daß es unbedingt Pflicht der Verwaltungen staatlicher Betriebe ist, sich von dem privatindustriellen Brauche der Arbeiterentlassungen in Zeiten stilleren Geschäftsganges zu emancipiren. Nicht nur, daß die Entlassenen persönlich der Noth überliefert werden, sie drücken als Arbeiter, die sich um jeden Preis anbieten müssen, um anderwärts Arbeit zu erhalten, auch die sowieso schon niedrigen Löhne der beschäftigten Arbeiter anderer Branchen. Das führt denn gelegentlich wieder zu Streiks, denn die Unternehmer erhöhen den gekürzten Lohn auch in Zeiten besseren Geschäftsganges nicht freiwillig, und so rangiren die Staatsbetriebe jetzt mit den Privatbetrieben als Verursacher der Streiks im allgemeinen in einer Linie.

Die Vereins-Bäckerei zu Hamburg (Eing. Genossenschaft mit beschr. Haftung) hatte im vergangenen Jahre einen Brutto-Umsatz von mehr als 350 000 M. und bezogte ca. 100 000 M. Rabatt. Die Netto-Einnahme erreichte die Höhe von 457 251,52 M., der Gewinn betrug über 11 000 M. Die Kosten beliefen sich auf 35 539,17 M. = 15 Prozent des Umsatzes. An Lohn wurde bezahlt, bei einem Lohnsatz von 24, 26, 28 und 30 M. in Summa 33 000 M. Die Bäckerei beschäftigte am Schluß des Jahres über 50 Personen, hatte 8 Oefen im Betrieb und lieferte ihre Backwaaren vermittelst 8 Fuhrwerken an über 100 Verkaufsstellen in Hamburg, den Vororten, Altona, Ottensen und Wandsbek. Die Mitgliederzahl betrug ultimo 1891: 2400 mit einem Vermögen von ca. 20 000 M. und einem Reservefonds in Höhe von 7000 M.

Der Sozialdemokrat Baillant hat in der Montags-Sitzung des Pariser Municipalraths zu Gunsten der streikenden Ruischer den Antrag gestellt, daß erstlich den Familien der Streikenden eine Unterstützung von 10 000 Frks. gewährt und zweitens der Droschen-Gesellschaft „Arbaine“ die Fahrerlaubnis entzogen werde, wenn sie keine Vereinbarung trifft, die dem Streik ein Ende macht. Die Dringlichkeit, die Baillant für seinen Antrag verlangte, ist zwar mit 22 gegen 28 Stimmen juridisch erwiesen worden, weil einige sozialistische Municipalräthe in den Kommissionen beschäftigt waren und demzufolge nicht der Sitzung beiwohnen konnten; doch da der Antrag der Arbeitskommission überwiesen wurde, unterliegt es keinem Zweifel, daß er in Bälde eine günstige Erledigung finden wird. Es handelt sich demnach nur um einen Aufschub von wenigen Tagen, was zwar bedauerlich ist, aber immerhin nur ein Aufschub ist und — aufgehoben ist nicht aufgehoben.

In Sachen des „Nebelgesetzes“ faßte in Nürnberg eine außerordentlich stark besuchte sozialdemokratische Volksversammlung einstimmig folgende Resolution: „Das Gesetz, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung der Arbeiter, ist, obwohl auf einem gefunden, dem Sozialismus verwandten Grundgedanken beruhend, in seiner Organisation durchaus verfehlt, und in zahlreichen Bestimmungen, namentlich in denjenigen über die Höhe der Rente, die Altersgrenze, die Berechtigung zum Bezug von Invalidenrente, die Höhe des Reichthumsverweises, den gegenwärtig bestehende Ausschluß selbständiger Handwerker und Landwirthe vom Rentenbezug, sodann in puncto der umständlichen, belästigenden Manipulationen, die mit dem Gebrauch der Marken und Karten verknüpft sind, dringend verbesserungsbedürftig. Die Versammlung erwartet, daß die sozialdemokratischen Mitglieder des Reichstages in Bezug auf Anträge zur Umgestaltung des genannten Gesetzes die Initiative ergreifen werden. Die gegenwärtig von den sogenannten „Freiwilligen“ und einem Theil der Ultramontanen in Scene gesetzte Agitation für Aufhebung des ganzen Gesetzes kann zwar als eine ernsthafte politische Aktion nicht aufgefaßt werden, immerhin aber nimmt die Versammlung insofern Anst zu dieser künstlich ins Werk gesetzten Bewegung, als daraus hervorgeht, daß die Unternehmer derselben Feinde des Prinzipals der staatlichen Invaliden- und Altersversicherung sind, mit dieser Agitation aber lediglich Bauernfang treiben wollen.“

Für die Bergarbeiter sollen in Preußen vier besondere Gewerbegerichte eingerichtet werden, und zwar in Saarbrücken, Dortmund, Beuthen und Waldenburg. Zu Vorsitzenden sind, soweit angänglich, die königlichen Berg-Revierbeamten und als deren Stellvertreter Mitglieder von Amts- oder Landgerichten in Aussicht genommen. Durch die Zuständigkeit jedes Berg-Gewerbegerichts wird die Zuständigkeit anderer innerhalb seines Bezirkes bestehender oder später errichteter Gewerbegerichte ausgeschlossen. Die Kosten der Berg-Gewerbegerichte werden, soweit sie in deren Einnahmen nicht Deckung finden, vom Staate getragen.

Bund der französischen Arbeitsbörsen. Nachdem in vielen Städten Frankreichs bereits Arbeitsbörsen bestehen, in welchen die verschiedenen Gewerkschaften ihren Sitz haben und ihre Versammlungen abhalten, geht man jetzt, wie uns aus Paris gemeldet wird, daran, die Arbeitsbörsen zu einem Bund zu vereinigen. Den äußeren Anlaß hierzu gab die Organisation des Arbeitersekretariats, in welchem die Arbeitsbörsen durch ihre Delegirten vertreten sein sollen. Zu diesem Behufe ist es aber nöthig, daß sich die Arbeitsbörsen bezüglich ihrer Vertretung erst mit einander verständigen. Die Arbeitsbörsen von Saint-Etienne schlug zu diesem Zwecke einen Kongreß vor und beantragte gleichzeitig, sich daselbst, nebst der Vertretung im Arbeitersekretariat, mit der Schaffung eines Bundes der Arbeitsbörsen zu befassen. Die Pariser Arbeitsbörsen, die diesem Vorschlage von vornherein willig deitrat, hat ihrer Exekutiv-Kommission bereits den Antrag gegeben, ein Bundesprojekt auszuarbeiten, das dem Kongreß vorgelegt werden soll. Dieser Kongreß wird am Sonntag den 7. Februar in St. Etienne stattfinden, das wegen seiner geographischen Lage, da es gleichsam den Mittelpunkt aller Arbeitsbörsen bildet, sich am besten hierzu eignet. Gegenwärtig bestehen nämlich Arbeitsbörsen: in Béziers, Bordeaux, Cholet, Lyon, Marseille, Montpellier, Nîmes, Paris, Rouen, Saint-Etienne, Toulon und Toulouse. Außerdem sind deren vier im Entstehen begriffen, und zwar in Cette, Nantes, Saint-Ouen und Tropes. Die Wichtigkeit eines Bundes dieser Arbeitsbörsen braucht wohl nicht erst besonders hervorgehoben werden; für Alle, die den Dingen auf den Grund sehen, steht es außer allem Zweifel, daß dieser Bund, im Verein mit dem Arbeitersekretariat die französische Arbeiterbewegung in eine neue Phase bringt, deren Ende zwar noch nicht voranzusehen ist, die aber sicherlich das Proletariat seiner Emanzipation um ein gutes Stück näher bringen wird.

Betreffs der Entlassung und Pensionirung der französischen Eisenbahn-Bediensteten haben, wie uns unser Pariser Korrespondent am 12. d. Mts. meldet, mehrere radikale Abgeordnete, unter welchen die Ramballeren Müllerand, Ledroy und Souier-Sopierre sind, einen Gesetzentwurf eingebracht, wonach eine Vorschrift erlassen werden soll, welche die Gründe zu bestimmen hat, unter welchen die Eisenbahnbediensteten entlassen oder in eine niedrigere Klasse versetzt werden dürfen. Selbst in diesem Falle soll jeder nach fünfzehnjährigem Dienst Entlassene sein Recht auf Pension beibehalten, wenn er seinen Pensionsbeitrag weiter leistet und, falls die Eisenbahngesellschaft zu diesen Beiträgen einen Zuschuß leistet, denselben um eine äquivalente Summe erhöht. Die Heizer und Lokomotivführer sollen, welches auch ihr Alter sei, nach 25-jährigem Dienst Recht auf volle Pension haben und schon nach 15 Jahren beanspruchen dürfen, sich pensioniren zu lassen, in welchem Falle aber die Pension in Verhältnis zu den Dienstjahren zu berechnen ist. Außerdem sollen, dem Gesetzentwurf gemäß, die Bediensteten einer oder mehrerer Eisenbahngesellschaften das Recht genießen, für sich und ihre Familien Pensions- und Hilfskassen zu gründen und in ihre ausschließliche Verwaltung zu nehmen. Durch erstere Bestimmungen soll verhindert werden, daß die Eisenbahnpagagnien ihre Beamten nach Gutdünken beurlauben oder entlassen und um deren Pensionsbeiträge treten; durch die letztere Bestimmung, daß die Kompagnien ihre Nasen in Dinge hineinstecken, die sie nichts kümmern.

In Amsterdam müssen vom 1. Juli d. J. an sämtliche Cafés und Restaurants um 1 Uhr Nachts, eine halbe Stunde früher als jetzt, geräumt sein. Wirtschaften mit Damenbedienung sind schon um 12 Uhr zu schließen. Außerdem wurden dieser Tage förmliche noch nicht volljährige Kellnerinnen der zahlreichen Cafés in der Nees, meistens deutsche, über die Grenze gebracht. Vermuthlich glaubt man auf diese bequeme Weise der Unflirtlichkeit Steuern zu können. Natürlich wird das brutale Mittel nichts helfen.

Versammlungen.

Die Kürschner, Filiale Berlin, hatte am 11. d. M. eine Mitgliederversammlung, in welcher der Vorsitzende zunächst die Bitte an die Mitglieder richtete, die Monatsbeiträge pünktlich zu bezahlen, indem sich der Verbandsvorstand in Hamburg darüber beklagt habe, daß die Gelder der Berliner Filiale immer zu spät eingingen. Man beschloß darauf die Streichung jener Mitglieder, welche seit Monaten mit den Beiträgen im Rückstande sind, und bestimmte, daß von der nächsten Versammlung ab nach dem Statut verfahren wird, wonach ein Mitglied nur drei

Lokales.

Der Verwaltungsbericht des Magistrats über die Tätigkeit der Tiefbau-Verwaltung für das Jahr 1890/91 enthält manche Mitteilungen, welche auch für weitere Kreise von Interesse sind.

Nach den Veröffentlichungen des kaiserlichen Gesundheitsamtes ist die Influenza zur Zeit in fast sämtlichen Ländern Europas, im Norden wie im Süden, im Westen wie im Osten verbreitet und herrscht theilweise mit erheblicher Heftigkeit.

Nutke das Seil hineinwarf, 15 Meter ist, kann nicht abgefecht werden. Es ist daher der Vorschlag gemacht worden, das Beweismittel im Wege des Lauchens an die Oberfläche zu holen.

Am gestrigen Vormittag wurde das saubere Paar zum ersten Mal dem Untersuchungsrichter am Landgericht II, Landgerichtsrath Friedberg, vorgeführt, um vernommen zu werden.

Die Ueberführung des Raubmörderpaars, welche, wie gemeldet wird, gestern Nachmittag erfolgte, sich, wie einem hiesigen Blatte von einem Augenzeugen berichtet wird, hier in Berlin auf ganz unerwartete Schwierigkeiten.

Die Beschlagnahme wurde gestern sofort nach seinem Erscheinen das neueste Buchwerk des Rectors Ahlwardt: „Jüdische Taktik“, der dritte Theil des Werkes: „Der Verteidigungskampf der arischen Völker mit dem Judentum.“

Boziale Uebersicht.

Wir angefertigten Teppichweber von der Firma Feidisch, Berlin, Kaiserstr. 41, eruchen sämtliche Genossen und Genossinnen um weitere Unterstützung.

an alle in Holzsägereien, Kistenfabriken, auf Holzplätzen, sowie an alle in Holzbearbeitungs-Fabriken beschäftigten Arbeiter Deutschlands!

Dem Beispiele anderer Gewerkschaften folgend, ist auch in unserer Branche vor nunmehr zwei Jahren ein Verband gegründet worden.

Der Zentral-Vorstand des Verbandes der in Holzbearbeitungs-Fabriken beschäftigten Arbeiter Deutschlands.

Die Würzburger Buchdrucker beschlossen in einer Versammlung durch u a m e n t l i c h e Abstimmung, den Streik unter allen Umständen fortzusetzen.

Die Würzburger Buchdrucker beschlossen in einer Versammlung durch u a m e n t l i c h e Abstimmung, den Streik unter allen Umständen fortzusetzen.

Table with 2 columns: Item description and Price. Includes 'Lohn eines mecklenburgischen Postageldhners' and 'Lohn eines mecklenburgischen Postageldhners'.

Die Arbeit dauert im Sommer von 5 1/2 Uhr morgens bis Sonnenuntergang und im Winter von Taganfang bis Tagende.

Die bei der Schienen-Submission der Eisenbahn-Direktion Breslau auf 2113 Tonnen 184 Meter hohe Stahlschienen abgegebenen Gebote der Laurahütte und Friedenschütte in Oberschlesien von 118 M. ab Wagnwert sind um 2 M. per Tonne niedriger als die zuletzt abgegebenen Gebote.

Die Bildung eines Grobbloch-Zyklus ist, wie verlautet, von dem Verbands westdeutscher Blechfabrikanten in Aussicht genommen.

Das italienische Volk muß pro Kopf und Jahr an den Staat bezahlen: für Zwecke des Ackerbaues und der Industrie 53 Centesimi, für die Zivilliste des Königs 60 Centesimi, für Unterricht 1 Lire 38 Cent, für den Militarismus 14 Lire 15 Cent.

112 neue Aktiengesellschaften sind in England während des vergangenen Jahres gegründet worden. Das nominelle Kapital belief sich auf 49 548 100 £. = 900 002 000 Mark!

Ein englisches Urtheil. John Poole, der Direktor einer großen Druckeret in London, wurde dieser Tage zu 1976 M. einschließend der Kosten von einem dortigen Gerichte verurtheilt, weil er gegen das Patentrecht verstoßen hatte.

Der Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt Dienstag Abend im großen Saale der Norddeutschen Brauerei, Kaufstr. 58, eine Versammlung ab, in welcher Liebknecht über das neue Programm sprach.

Versammlungen.

Der Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt Dienstag Abend im großen Saale der Norddeutschen Brauerei, Kaufstr. 58, eine Versammlung ab, in welcher Liebknecht über das neue Programm sprach.

